Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Wittmaack Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Plumbohm, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechanschlüsse: Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2,25 Mk., monatl. 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk. monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2,25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: die 7gespaltene Kolonelzeile 20 Pf., Inserate von auswärts 30 Pf., im Reklameteil Zeile 1 Mk. Postscheckkonto: Nr. 5253 Berlin. — Etwaiger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 22. Magdeburg, Sonnabend den 27. Januar 1917. 28. Jahrgang.

Das wäre ewiger Krieg...

Die Entente hat in ihrer Ablehnung der Friedensverhandlungen das Nationalitätsprinzip aufgerollt. Sie will alle Nationen von der Fremdherrschaft durch andre befreien. Zu diesem Zweck will sie Deutschland um Westpreußen, Posen und Oberschlesien verkleinern, denn die Polen sollen zusammengeworfen werden, und unter russischer Knute ein eignes freies nationales Leben führen. Zu diesem Zwecke soll Oesterreich-Ungarn auseinander gerissen werden; die Tschechen, Slawen, Slowaken, Rumänen verlangen nach einem eignen nationalen Dasein. Zu diesem Zwecke sollen endlich die Türken aus Europa hinausgeworfen werden, damit die Russen sich in Konstantinopel und an den Dardanellen festsetzen; was von der Türkei in Kleinasien übrigbleibt, soll aufgeteilt werden; wo die Türken bleiben ist ihre Sache. Damit nicht genug. Die Entente spricht in ihrer Antwort auf Wilsons Friedensvermittlung auch von den deutschen Völkern. Sie möchte den deutschen Nationalstaat aufheben, die Bayern von der preußischen Herrschaft befreien, die Schwaben von der bayrischen, die Badener von der schwäbischen und die Sachsen von der thüringischen Oberherrschaft. Wenn sie Hannover und Kurhessen wiederherstellen könnte, um so besser. Dann würde Deutschland wieder das alte zerrissene Gebiet im Herzen Europas, und England wäre all seine industriellen und handelspolitischen Sorgen für alle Zukunft los.

Der deutsche Leser merkt hier schon deutlich den Pferdefuß der Entente. Nicht so der neutrale. Für ihn birgt das Nationalitätsprinzip einen hell und zukunftsfroh klingenden Grundsatz; er ist daher ohne weiteres bereit, den „Beschützern" der kleinen Staaten trotz Griechenland zuzustimmen. Auf diesen Beifall rechnet ja auch der Zehnverband: seinetwegen ist die Forderung erhoben worden. Das Nationalitätsprinzip klingt bei oberflächlicher Betrachtung den kleinen neutralen Staaten, die um ihre Unabhängigkeit bangen, angenehm in die Ohren. Es entspricht der gangbaren Vorstellung von der Kraft des einheitlich geschlossenen Nationalstaats, wie ihn die mittlere Periode des Kapitalismus, die der Imperialismus unmittelbar vorherging, großgezogen hat. Aber er ist auch das klassische Beispiel eines jener allgemein umlaufenden Schlagwörter, bei denen sich niemand mehr etwas Bestimmtes und keiner dasselbe denkt, die niemand auf ihren Inhalt prüft und die den in frühern Zeiten vielleicht besessenen Inhalt längst verloren haben, um nunmehr als völlig hohle Begriffsweisen herumzulaufen und die Welt unsicher zu machen.

Prüfen wir vor allem, wie weit die Staaten, die die Erfüllung des Grundsatzes der Nationalitäten fordern, es selbst verwirklicht haben oder dazu bereit sind, so stellt sich folgendes heraus.

England hat erst jüngst mit einem Volke, das von ihm die Anerkennung dieses Rechtes forderte, den Iren, einen blutigen — seit Jahrhunderten den sonndsovielten — Kampf geführt, dessen Ende wie bisher immer die Verweigerung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit dieser Nation und der Hinrichtung seiner führenden Männer war. Als der englische Imperialismus die

Burenrepubliken zu erobern ausging,

da hat ihn dieses Grundgesetz nicht im geringsten behindert, dieses bis dahin freie Volk niederzuwerfen und seiner Selbständigkeit zu berauben. Und die Bewohner Vorderindiens, eine Menschenanzahl von 300 Millionen, kämpfen ebenfalls seit anderthalb Jahrhunderten für ihr Grundgesetz in blutigen Aufständen, ohne daß es von den Engländern anerkannt würde.

Ebensowenig haben sich die Franzosen bedacht, das berberische Tunis oder das siamesische Hinterindien restlos zu unterwerfen, und sie würden schöne Augen machen, wenn ihre jetzigen Bundesgenossen, die Italiener, von ihnen die Anerkennung des Grundgesetzes der Nationalitäten in bezug auf Korsika und Nizza verlangten, wie das seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zum Kodex der irredentistischen Forderungen Italiens gehörte, der allerdings auch die Abtretung Maltas von England an Italien heischte.

Italien, das das nationale Grundgesetz am leidenschaftlichsten zu verfechten vorgibt, will unter diesem Titel von Oesterreich das Trentino, Triest, das Küstenland und Dalmatien absondern. Aber schon von diesen Gebieten sind mindestens die letzteren nur zum Teil und in der Minderheit von Italienern bewohnt. Aber Italien verlangt auch Albanien, es verlangt die Griechenland gehörigen zwölf Inseln im Aegäischen Meer, es verlangt einen Teil von Kleinasien, lauter Gebiete, die national gar nichts mit dem Italianismus zu tun haben. Ja, Italien müßte, von diesem Grundsatz ausgehend, das der Türkei geraubte Libyen wieder freiwillig herausgeben.

Auch dem edlen Zarenrußland steht die Begeisterung für die Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen besonders gut an. Die Ukraine und Finnland sind es nicht allein, die von ihrer

Niedertretung zu erzählen wissen,

denn es ist ja bekannt, daß eine ganze Reihe unterdrückter Nationalitäten, Polen, Litauer, Balten usw., erst jüngst eine Adresse an den Präsidenten Nordamerikas, Wilson, gerichtet haben, worin sie um Hilfe und Befreiung aus den ärgsten russischen Knebelungsmaßnahmen baten.

Der Staat, gegen den sich die meisten Forderungen jenes Nationalitätenprinzips richten, ist selbstverständlich Oesterreich. Die Russen wollen von ihm Galizien und die Bukowina, auch Nordostungarn, die Rumänen Siebenbürgen und Südostungarn, die Serben Bosnien, die Herzegowina und Südwestungarn, womöglich auch Dalmatien, Istrien und Krain. Wenn dieses Spiel fortgesetzt würde, so müßten in Anerkennung des Nationalitätenprinzips die deutschen Provinzen Oesterreichs zu Deutschland und Westgalizien zu dem neuen polnischen Reiche geschlagen werden.

Allerdings läßt sich dem vielbesprochenen Grundgesetz auch in umgekehrter Form zur Anerkennung verhelfen: Serbien, Rumänien, die Ukraine, Polen, Deutschland und Italien können zu Oesterreich geschlagen werden, so daß dann alle nationalen Splitter zu je einem nationalen Körper unter einem höheren Staatswesen vereinigt wären.

Hierbei ist zu erwähnen, daß die nationalen Ansprüche durchaus nicht widerspruchslos und über jeden Zweifel erhaben dastehen. Dasselbe Dalmatien zum Beispiel, das von den Italienern als ihre Domäne eingefordert wird, beanspruchen auch die Serben als ihr nationales Territorium. Und will man das Gesetz streng durchführen — ist es eins, dessen Erfüllung die menschliche Natur unweigerlich verlangt, so müßte man es durchführen —, dann müßte auch die

neutrale Schweiz in drei Teile geteilt,

der eine zu Deutschland, der zweite zu Frankreich, der dritte zu Italien geschlagen werden, dann müßte Posen und Schlesien von Deutschland an Polen abgegeben werden.

Was Elsaß-Lothringen anlangt, so bildet es einen der strittigsten Punkte der nationalen Forderungen. National ist es ebensogut deutsch wie französisch, nämlich gemischt. Mit seinen wirtschaftlichen Interessen ist es wohl zum größten Teil an Deutschland gefesselt. Historisch war es wohl bis 1870 französisch, aber ursprünglich, bis 1684 war es eben deutsches Gebiet gewesen. Wenn man überhaupt den historischen Standpunkt zugunsten des Nationalitätenprinzips einmal geltend machen wollte, wie es insbesondere die Italiener und Franzosen belieben, dann kämen gar

die abenteuerlichsten Dinge

heraus. Dann stellte sich heraus, daß vor 1679 nicht nur Lothringen, sondern auch die Bistümer Toul und Verdun, die Franche-Comté, Arras, Douai, Lille, Courtrai, Ypern, Cambrai, Valenciennes, Condé, Tournai, Mouberge und viele andre Städte zu Deutschland gehört haben, das heißt, daß die deutschen Heere, die jetzt auf französischem und belgischem Boden stehen, das Grundgesetz der Nationalitäten erfüllen!!

Nicht minder merkwürdig ist es, daß die restlose Durchführung jenes Gesetzes — wieder vom rein nationalen Standpunkt aus

Belgien von der Landkarte verschwinden

lassen müßte, da dann sein nordwestlicher Teil zu Holland, sein südöstlicher aber zu dem Belgiens Integrität verteidigenden Frankreich geschlagen werden müßte.

Auch Japan hat für sich dieses Grundgesetz aufgestellt unter dem Titel: Asien der gelben Rasse. Die Art, wie es dieses zu verwirklichen sucht, hat Rußland 1904 mit dem Verlust seiner Flotte und seinen übrigen blutigen Niederlagen, mit der Anerkennung des überragenden japanischen Einflusses an Asiens Ostküste zu spüren bekommen, hat Deutschland mit dem Verlust Kiautschaus erlebt. Vorurteilslos, wie die Japaner sind, werden sie diese Methode, wenn nur die Gelegenheit kommt, ebenso gegen ihre bisherigen Freunde, die Engländer und Franzosen, betätigen.

Stellt man also dieses Grundgesetz in Wirklichkeit auf, und wollte es tatsächlich durchführen, so wäre seine Folge eine vollständige

Umkremplung von ganz Europa,

eine unaufhörliche Kette von Eroberungskriegen, eine endlose Reihe von mehr oder minder blutigen Konflikten, mit einem Worte: der ewige Krieg. Jeder Staat, vor allem aber die Staaten, die es heute aufstellen, müßte auf mehr oder minder große Territorien freiwillig verzichten, manche müßten gänzlich zu existieren aufhören. Gegen die Umwälzungen, die sich da ergeben würden, wäre der jetzige Weltkrieg nur ein Kinderspiel. Das Ziel selbst aber könnte in seiner vollständigen Reinheit nie erreicht werden, da sich immer wieder Meinungsverschiedenheiten über die Zugehörigkeit eines bestimmten Territoriums zu einer Nationalität ergeben würden und es ja viele national gemischte Gebiete gibt.

Für den letztern Fall haben die Nationalisten freilich schon ein Rezept gefunden:

die Volksabstimmung.

Aber welches Kopfzerbrechen macht dieses Prinzip gerade in bezug auf das Land, für das es gerade vorgeschlagen wurde, für Elsaß-Lothringen! Sollen die heutigen Bewohner die Abstimmung allein vornehmen? Oder müßte nicht, vielmehr vorher eine Korrektur des Abstimmungsverhältnisses vorgenommen werden, indem die Deutschen, die seit 1870 zugewandert sind, weg- und die Franzosen, die seither abgewandert sind, zugelassen werden? So wenigstens verlangt es Hervé. Andre schlagen andre Verbesserungen vor, was allein auf die Windigkeit und Zweifelhaftigkeit des Wertes dieser Methode deutet. Aber abgesehen davon, ist es doch geradezu ein Widerspruch gegen das Nationalitätenprinzip, wenn man ein Volk über die nationale Zugehörigkeit des andern entscheiden ließe, wie es in einem national gemischten Gebiet doch unweigerlich der Fall sein müßte.

Die gründliche Betrachtung der Frage lehrt also, daß nicht nur hinter der Forderung eine Unmenge

Lüge, Heuchelei, Raubgier

und Vergewaltigungssucht steckt, sondern daß in der fanatischen Uebertreibung des Nationalitätenprinzips eine furchtbare Gefahr für den Bestand, die Kultur, das Leben der Menschheit und ihrer Ordnung liegt. Wie die europäische Menschheit als Ganzes zu dem Fluch verurteilt ist, wegen dieses sogenannten nationalen Grundgesetzes eine Verlängerung des mörderischen Krieges auf sich zu nehmen, so wird sie hoffentlich nach dem Kriege wenigstens sich endlich ermannen, und sich von dem verderblichsten, verlogensten und unerfüllbarsten aller politischen Prinzipien befreien, dem des nationalen Chauvinismus. -

Die französische Spaltung.

Zur gleichen Zeit, als die sozialdemokratische Vertretung im Preußischen Abgeordnetenhaus von den Vertretern der Opposition auseinander gerissen wurde, fand die Trennung der zwei Gruppen in der französischen Deputiertenkammer statt. Beide Ereignisse hängen mit der durch das deutsche Friedensangebot und durch die Bekanntgabe der ausschweifenden Kriegsziele des Zehnverbandes geänderten Situation zusammen.

So bedauerlich die Sprengung der sozialdemokratischen Fraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus ist, so ist sie doch kein Ereignis von besonderer politischer Bedeutung; sie fügt sich in den Rahmen des großen Konflikts der deutschen Sozialdemokratie ein, verschärft ihn noch ein wenig, ändert aber an der Gesamtlage der Partei nichts entscheidend.

Dagegen sind die Vorgänge innerhalb der sozialdemokratischen Vertretung in der französischen Deputiertenkammer von großer politischer Bedeutung. Denn die französische Minderheit, die auf dem Boden der deutschen Mehrheit steht und sich langsam ununterbrochen wachsend für eine friedliche Lösung des gewaltigen Völkerkonflikts ausgesprochen hat, ist zur Mehrheit geworden und die bisherige Mehrheit der Fraktion ist ihre eignen Wege gegangen.

Der Wortführer der bisherigen Minderheit, Pressemane, hatte gegen den Willen der Mehrheit eine Anfrage an die Regierung gerichtet, wegen der Art der Behandlung der Friedensvermittlung von Wilson. Gegen die Behandlung dieser Frage wehrte sich Briand. Es gelang ihm, die Vertagung dieser der Friedensstimmung weiter französischer Arbeiterkreise Ausdruck gebenden Interpellation zu erreichen, weil die bürgerlichen Parteien und die von Renaudel geführte bisherige Mehrheit gegen die Behandlung der Anfrage von Pressemane stimmten. 57 sozialdemokratische Abgeordnete erklärten sich für die Behandlung der Friedensinterpellation, 43 sozialdemokratische Abgeordnete unterstützen die Regierung, der der Ausdruck des Friedenswillens in der Deputiertenkammer unerwünscht war.

Auch hier lag ein Disziplinbruch vor. Darauf weist mit Recht die „Fränkische Tagespost" hin. Nur ist einschränkend zu bemerken, daß Disziplinbrüche in Frankreich nicht annähernd so schwer wiegen wie in der deutschen Sozialdemokratie. Die französische Partei hat noch nie die Geschlossenheit gekannt, die für die deutsche Sozialdemokratie bis zu der durch die Arbeitsgemeinschaftler vollzogenen Spaltung der Reichstagsfraktion selbstverständlich war. Die Franzosen sind wie die Engländer in erster Linie Individualisten; das Einordnen und Unterordnen unter eine Mehrheit in der geschlossenen Handlung fällt ihnen so schwer, daß sie es recht selten über sich gewinnen. Sie halten das für eine Minderung ihrer persönlichen Freiheit, die der Liberalismus als das höchste Gut verkündet hat. So hat z. B. Hervé, dessen wüste Eroberungspläne und chauvinistische Schwärmungen unsre Leser einigermaßen kennen, noch bis vor wenigen Tagen in dem Ausschuß der französischen Partei gesessen. Aehnliche Entgleisungen sind vor dem Krieg und nun gar während des Krieges vielfach vorgekommen. Der neuste Disziplinbruch erregte daher drüben nicht das Aufsehen und hat auch jenseits der Vogesen nicht die große organisatorische Bedeutung, die der Absplitterung und Sprengung der Arbeitsgemeinschaft in der Reichstagsfraktion innewohnt.

Immerhin sei angemerkt, wie er sich zutrug. Pressemane hat in der Fraktionssitzung verlangt, daß die Fraktion seine Interpellation unterstütze. Das hatte die Mehrheit der Renaudelianer abgelehnt. Trotzdem hatte Pressemane die Interpellation eingebracht und es kam zu sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Teilen der sozialdemokratischen Vertretung in der offenen Kammer.

Nach der Sitzung des Plenums trat die Fraktion zusammen, und aus dieser Sitzung schieden Renaudel mit einem großen Teile der Fraktion.

So wichtig diese Vorgänge für das innere Gefüge der französischen Sozialdemokratie sind, weit wichtiger ist die Betonung des starken Friedenswillens von Pressemane. Er und die anderen 56 Genossen, die die Interpellation unterstützt hatten, erklärten, daß der Friede annehmbar sei, auch ohne die vorherige Rückgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich. Ueber die Schuldfrage des Krieges erklärten die Interpellanten, daß sie die bürgerlichen Parteien aller Großmächte für den Krieg verantwortlich erachten, und sie verlangen den Frieden um des Friedens willen. Die von Renaudel geführte Gruppe verlangt nach einer Depesche der „Frankfurter Zeitung" aus Basel, daß es den Bewohnern von Elsaß-Lothringen ebenso wie den Völkern in den übrigen gegenwärtig umstrittenen Gebieten überlassen bleibe selbst über ihre Zukunft zu verfügen.

Aus all dem geht hervor, daß die französische Sozialdemokratie in der schweren Krise, die sie erschüttert, in allen ihren Gruppen heute weit stärker für den Frieden gestimmt ist, als noch vor wenigen Monaten, und daß eine ganz entschiedene Betonung des Friedenswillens die Oberhand in der Vertretung der französischen Sozialdemokratie im Parlament errungen hat.

Wie weit diese Abstimmungen, über die man nähere Berichte noch abwarten muß, zu einem dauernden Auseinandergehen der Gruppen und zu einer Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse innerhalb der sozialistischen Fraktion der Deputiertenkammer führen wird, und wie eine eventuelle Fraktionstrennung auf die Organisation der Gesamtpartei im Lande wirken wird, das sind alles Dinge, die, so wichtig sie sind, vorläufig noch nicht klargestellt werden können. Bei aller Anteilnahme für die Entwicklung der Sozialdemokratie in Frankreich erscheint uns doch heute die Tatsache entscheidend, daß der Friedenswille der französischen Arbeiter immer kraftvoller zum Ausdruck gelangt und sich immer deutlicher in Widerspruch setzt zu der phantastischen, unklaren und von allen Tatsächlichkeiten abstehenden Politik der französischen Regierung.

So bedauerlich uns also auch die Trennung der französischen Sozialdemokratie vom organisatorischen Gesichtspunkt aus erscheinen muß, so bedeutungsvoll ist der Anlaß, der diese starke Erklärung der französischen Sozialdemokratie verursacht. —

Was der Krieg bringt.

Die Kämpfe bei Riga.

Vor kurzem haben die Russen bei Riga einen Offensivversuch unternommen, der ihnen auch einige lokale Erfolge brachte. Deutsche Gegenstöße trieben ihnen den Gewinn wieder ab. Daraus entwickelten sich neue Kämpfe, die den deutschen Waffen einen beträchtlichen Erfolg gebracht haben. Der deutsche Heeresbericht vom Donnerstag meldet es. Wir wiederholen ihn nachstehend, weil er nur in einem Teil unserer gestrigen Auflage enthalten sein konnte:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im Artois zwischen Ancre und Somme und an der Aisne-Front nahm die Kampftätigkeit der Artillerie und Minenwerfer zeitweilig zu. Mehrfach kam es im Bereich der Stellungen zu Zusammenstößen von Erkundungsabteilungen.

Südöstlich von Berry-au-Bac [illegible] drangen preußische und sächsische Stoßtrupps in die französischen Gräben und kehrten nach erbittertem Kampfe mit einem Offizier, 30 Gefangenen und zwei Maschinengewehren zurück.

Heeresgruppe Kronprinz.

Durch forsches Zupacken gelang es an der Combres-Höhe zwei Grenadieren eines brandenburgischen Reserve-Regiments, einen an Zahl dreifach überlegenen Posten der Franzosen zu überwältigen und mit einem Maschinengewehr in die eigene Linie zurückzubringen.

In den Vogesen scheiterte am Hilsenfirst der Vorstoß einer französischen Streifabteilung.

Klares Wetter begünstigte die beiderseitige Fliegertätigkeit.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Beiderseits der Aa brachten unsere Angriffe [illegible] Geländegewinne in zehn Kilometern Breite mit 14 Offizieren, 1700 Mann und 13 Maschinengewehren in unsere Hand. Starke Gegenstöße herangeführter Reserven konnten weitere Fortschritte nicht hindern.

Westlich von Luck drangen Stoßtrupps [illegible] Regimenter in die Stellung [illegible] ein und holten 14 Gefangene heraus.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Gefechte von Jagdkommandos und von [illegible] Erkundungsabteilungen wiederholten sich täglich in den verschneiten Bergen. Zwischen Putna- und Casinutal wurden dem Gegner 30 Gefangene abgenommen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In der rumänischen Ebene herrscht bei strenger Kälte im allgemeinen Ruhe.

Längs der Donau Geschützfeuer von Ufer zu Ufer und Postengeplänkel.

Mazedonische Front:

Feuerüberfälle im Cerna-Bogen und [illegible] einer [illegible] in der Strumaebene.

Die Kämpfe bei Riga sind in ihrem Ausmaß erst ermöglicht worden durch die winterliche Jahreszeit. Das Gelände ist sumpfreich, und läßt größere Kampfhandlungen für gewöhnlich nicht zu. Jetzt, da der Frost Sumpf und Erdreich in seinen Bann geschlagen hat, gedachten die Russen mit Erfolg den Versuch unternehmen zu können, Mitau in den in ihre Hand zu bekommen. Die Stadt liegt nur 15 bis 20 Kilometer hinter der Front. Sie ist als Eisenbahnknotenpunkt von Bedeutung, und da auch der moralische Eindruck einer Rückeroberung Mitaus in die Wagschale gefallen wäre, so lagen Gründe genug für die Russen vor, den Versuch zu unternehmen. Er ist gescheitert. Die Hoffnung der Russen, daß die deutsche Front durch den siegreichen Vormarsch in Rumänien oder durch Truppenverschiebungen geschwächt sei, hat sie getrogen. Sie haben im weitern Verlauf der Ereignisse statt eines Gewinnes eine fühlbare Schlappe davongetragen.

Den deutschen Truppen ist aber der Erfolg wahrhaftig nicht mühelos zugefallen. Aus einer offiziösen Darstellung geht hervor, daß sie große Strapazen zu überwinden hatten. Die Sturmtruppen sanken stellenweise knietief in die Sümpfe ein. Es ist hier wie an den andern Fronten: überall wird Uebermenschliches geleistet. —

* * *

Der Seekrieg.

Ein Dampfer auf eine Mine gelaufen. Wie die französischen Blätter aus Bordeaux melden, ist der große Passagierdampfer „Lafayette" der Allgemeinen Transatlantischen Schiffahrtsgesellschaft, 6145 Registertonnen, auf eine schwimmende Mine gelaufen. Das Schiff wird als verloren angesehen. Nach einer frühern Meldung soll es gelungen sein, das Schiff bei Royan auf den Strand zu setzen. Alle Passagiere sollen gerettet worden sein. Die Zensur verhindert die Bekanntgabe näherer Nachrichten.

Versenkt wurden die englischen Dampfer „Ma[illegible]", „Sara Radcliffe", „Lucy" und „Verina", drei englische Fischdampfer unbekannten Namens, der englische Schoner „Ellen Roberts", die französischen Segler „Josef [illegible]", „Fermier" und „Duc d'Aumale", der japanische Dampfer „Kakugetsu Maru" und der griechische Dampfer „Romanda".

Untergegangen. Lloyds melden: Der holländische Dampfer „Zeta" und der englische Dampfer „Neuanen" sind untergegangen. Der Dampfer „Salland" des Holländischen Lloyd ist am 21. Jänner vormittags infolge einer Explosion gesunken. —

* * *

Die Antwort Tiszas.

Die erste Regierung Europas, die zur neuen Friedensbotschaft des amerikanischen Präsidenten öffentlich Stellung genommen hat, ist die ungarische, und ihre Antwort klingt erfreulich. Auf eine Anfrage des oppositionellen Abgeordneten Rakovszky erklärte, wie wir schon telegraphisch berichtet haben, Ministerpräsident Graf Tisza im Abgeordnetenhause, die ungarische Regierung begrüße mit Sympathie jedes Bestreben, das auf die Herstellung des Friedens gerichtet ist. Sie ist infolgedessen geneigt, den

Gedankenaustausch über den Frieden

mit der Regierung der Vereinigten Staaten weiter fortzusetzen. Graf Tisza fügte hinzu, daß dies naturgemäß im Einverständnis mit den Verbündeten geschehen würde.

Ob dieses Einvernehmen schon erzielt ist, oder ob Graf Tisza die Ergebnisse, die er für richtig und selbstverständlich hält, vorausgenommen hat, geht aus seiner Rede nicht hervor. Klar scheint jedoch zu sein, daß er die Fortsetzung des Gedankenaustausches mit Wilson als den leitenden Gesichtspunkt der Politik der Mittelmächte betrachtet. Graf Tisza, dessen Politik nicht immer den gleichen Weg gegangen ist wie heute, gehört heute offenbar auch zu denen, die sich über die neuliche Feststellung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika durch den Botschafter Gerard besonders gefreut haben. Auch er sieht offenbar in diesen guten Beziehungen ein sehr wichtiges Kapital für die Zukunft.

Graf Tisza erklärte: „Wir fühlen uns vollständig eins mit den vom Präsidenten der Vereinigten Staaten aufgestellten Forderungen." Daraus geht hervor, daß die Mittelmächte, oder doch, um es vorsichtiger auszudrücken, die leitenden Staatsmänner der österreichisch-ungarischen Monarchie, auch heute noch bereit wären, in Friedensverhandlungen einzutreten, und das Programm Wilsons zu ihrer Grundlage zu machen. Auf der andern Seite hat Graf Tisza den

unüberbrückbaren Gegensatz

zwischen den Friedenszielen Wilsons und dem Standpunkt der Entente festgestellt. Denn die Forderungen der Entente seien gleichbedeutend mit der Aufteilung Oesterreich-Ungarns und der Türkei. Ihre Verwirklichung könne nicht zu einem Frieden führen, der von keiner Partei als Demütigung und unerträgliches Opfer empfunden würde.

Die auch von Wilson geforderte Autonomie der Nationen sieht Tisza am besten im Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie verwirklicht. Das ist eine immerhin anzweifelbare Behauptung, wenn sie als geschichtliche Feststellung gelten soll, sie ist aber ein wertvolles Pfand, wenn sie ein Versprechen für die Zukunft bedeutet. In diesem zweiten Falle würde die Erklärung Tiszas ein bedeutsames Abweichen von dem stark veralteten Ehrenkodex der Diplomatie bedeuten, wonach sich kein Staat von einem andern etwas in die Regelung seiner innern Verhältnisse hineinreden lassen darf. Es wäre wünschenswert, daß für die späteren Friedensverhandlungen mit diesem Grundsatz allgemein, d. h. natürlich beiderseits, gebrochen würde. Denn gewisse Angelegenheiten werden sich überhaupt ohne gewaltsame Lösung, auf dem Wege der Verständigung nur erledigen lassen, wenn man nicht von vornherein zugibt, daß bestimmte innere Regelungen eine

Lebensfrage für ganz Europa

sind, daß sie notwendig sind, um den dauernden Frieden zu verbürgen.

Die Rede Tiszas atmet den Geist, den die Wiener „Arbeiter-Zeitung" als das „Durchhalten im Friedenswillen" bezeichnet. Sie vermeidet es, auf Kraftphrasen mit Kraftphrasen zu antworten, sie stellt der uferlosen Eroberungspolitik keine uferlose Eroberungspolitik der andern Seite gegenüber, sie hält sich frei von jenem Kraftprotzentum, das die Reden der feindlichen Regierungshäupter so übel aus[illegible]. Aber wenn sie auch eine Friedensrede ist, so ist sie

doch keine Rede für den Frieden um jeden Preis. Sie steckt scharf und deutlich die Grenzen ab, die dem Friedenswillen gesteckt sind, und die sind für Oesterreich-Ungarn die Aufrechterhaltung des eignen Staatswesens. Auch der ungarischen Regierung fällt es nicht bei, sich von ihren Gegnern entgegen den Tatsachen als Besiegte behandeln zu lassen, die das Diktum des Siegers schweigend hinzunehmen hat.

Graf Tisza war erst vor kurzem in Berlin, und es ist nicht anzunehmen, daß er so gesprochen hätte, wenn er sich in irgendeinem wesentlichen Punkte im Gegensatz zu den Auffassungen der deutschen Regierung befinden würde. Wahrscheinlich hätte Herr v. Bethmann ebenso gesprochen wie Graf Tisza, wenn der Reichstag tagen würde, was er leider nicht tut. Die Rede Tiszas war gut, sie wäre noch wirkungsvoller gewesen als Rede Bethmanns. —

* * *

Der Gegensatz.

Die ruhigen, sachlichen und entgegenkommenden Worte, die der ungarische Ministerpräsident Tisza der neuesten Mitteilung Wilsons gewidmet hat, sind unsern Lesern bekannt. Sie werden zum bessern Verständnis oben noch kritisch zustimmend gewürdigt. Tisza erklärt ausdrücklich, daß er in den weiten Zukunftszielen Wilsons keinen Grund sieht, die Ideen-Verbindung mit dem amerikanischen Präsidenten abzubrechen.

Anders der Sprecher der englischen Regierung, Bonar Law heißt er. Er sitzt mit Lloyd George und dem Arbeiter Henderson im Fünfmännerdirektorium und gibt daher die Meinung der englischen Gewalthaber getreu wieder. In einer Rede in Bristol hat er sich mit Wilsons Vorschlägen beschäftigt. Die Rede schließt mit den folgenden abweisenden Sätzen:

> Wir haben das deutsche Angebot abgelehnt, in Unterhandlungen zu treten, nicht etwa aus Eroberungslust oder aus dem Bedürfnis nach Rache, sondern weil ein jetzt abgeschlossener Friede einen Frieden bedeuten würde, der auf einem deutschen Siege aufgebaut ist. Es würde ein Frieden sein, der die militärische Maschine ungebrochen lassen und sie mit dem Glanze des Sieges umgeben würde. Er würde die Kontrolle jener Maschine in den Händen von Leuten lassen, die seit Generationen sich auf den Krieg vorbereiteten, die dieselben Vorbereitungen [illegible] wählen werden, um die Welt [illegible] wonach er sich sehnt, dafür kämpfen wir, dafür setzen unsre Söhne ihr Leben aufs Spiel, und wir sind entschlossen, dies Ziel zu erreichen. Unser Volk sehnt sich nach dem Frieden, wir beten um den Frieden, der uns alle die zurückbringt, die unsre Schlachten schlagen; um einen Frieden, der bedeuten wird, daß die, die nicht mehr zurückkommen, ihr Leben nicht umsonst geopfert haben.

Ja, Bonar Law und die Seinen beten um den Frieden. Um den englischen Frieden, der den wirtschaftlichen Nebenbuhler zerdrückt, so daß er für hundert und mehr Jahre aus der Rivalität ausscheidet. Um den englischen Frieden, der unterwerfen und vernichten will. Weil dieser Frieden heute nicht möglich ist, deshalb muß der Krieg fortgesetzt werden.

Die Mittelmächte haben sich dagegen trotz des deutschen Sieges, von dem Bonar Law spricht, zu einem Frieden des Ausgleichs bereit erklärt, der keine Sieger und keine Besieger kennt, der allen Völkern freie gerechte Entwicklung verbürgt. In diesem Sinne hat auch Tisza auf Wilsons Zukunftsforderungen geantwortet. Der englische Minister dagegen erklärt, darüber sei erst zu sprechen, nachdem Deutschland militärisch niedergerungen ist.

Der Gegensatz leuchtet grell und scharf in die Augen. —

* * *

Wer stört den Burgfrieden?

Zwischen der konservativen und der fortschrittlichen Presse ist es aus Anlaß der Einbringung der Fideikommißvorlage im Preußischen Landtag zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Die Fortschrittler haben erklärt, daß die Einbringung dieser Vorlage einen Bruch des Burgfriedens bedeutet. Die konservative Presse tritt dieser Auffassung lebhaft entgegen, und die „Deutsche Tageszeitung“ sagt:

> Wir wüßten nicht, daß die Fortschrittliche Volkspartei einen Widerspruch erhoben hätte, als mit der Ankündigung der Wahlreform in Preußen, oder mit der Novelle zum Vereinsgesetz der Burgfriede gegenüber anderen Parteien [illegible] außer acht gelassen wurde; für sie bedeutet vor allem der Burgfriede nur, daß nichts geschehen darf, was ihr nicht paßt.

Daraus ergibt sich, daß die Konservativen jede Aenderung auf politischem Gebiet, die dem Geist einer neuen Zeit sich nähert, als einen Bruch des Burgfriedens ansehen. So aufgefaßt, müßte der Burgfriede allerdings zu einer Versteinerung unseres politischen Lebens führen. —

* * *

Wie gewisse Leute „durchhalten“.

Der Magistrat einer Großstadt in Schlesien — nicht Breslau — hat eigenartige Erfahrungen gemacht. Er schreibt darüber an die Reichsbekleidungsstelle:

Trotz der scharfen Bestimmungen der Reichsbekleidungsstelle wollen sich gewisse Bevölkerungskreise dem Ernste der Zeit nicht anpassen, von alten Friedensgewohnheiten nicht abgehen und weiterhin den gewohnten Luxus treiben, der mit der Knappheit der Vorräte an Web-, Wirk- und Strickwaren nicht vereinbar ist. Wie wenig Verständnis bei dieser Bevölkerung über die Notwendigkeit der Streckung der Vorräte an Web-, Wirk- und Strickwaren vorhanden ist, wollen wir durch nachstehende Beispiele beweisen, die nur einen kleinen Bruchteil des von uns gesammelten Materials bilden.

Trauersachen werden beantragt, weil das Ableben erwartet wird, der „Todesfall“ eintreten könnte.

Die Dienstmädchen einer Hauptmannsfrau sollen durchaus schwarze Servierkleider tragen, obwohl sie Hauskleider genügend besitzen.

Für die Kinder eines Staatsanwalts werden Ueberschlaglaken und Steppdecken beantragt, weil „es hübscher aussieht“. Dabei sind Deckbetten mit Bezügen reichlich vorhanden.

Bei einer Arztfrau sollen die Dienstmädchen mit Handschuhen servieren.

Eine Kaufmannsfrau besitzt mehrere gute Hauskleider, will aber weitern Stoff kaufen, „weil er ihr gerade so gut gefällt“. Bei derselben Dame sind für fünf Personen 20 gute Bettbezüge vorhanden, trotzdem beantragt sie neue Bettwäsche, weil sie damit nicht auskomme und es an Seife fehle.

Ein Rentmeister, bei dem 12 Oberhemden und 36 Taschentücher festgestellt wurden, verlangt unbedingt weitere Oberhemden und ein Dutzend Taschentücher, da er sonst nicht leben könne.

Ein Amtsrichter, bei dem noch reichlich gute Wäsche aus den Jahren 1903 und 1908 vorhanden ist, die nach eigner Angabe fünf bis sechs Jahre ausreicht, fordert neue Bettbezüge, weil er sich im Badezimmer ein Bett aufstellen will, um es nach dem Bade zu benutzen, um nicht erst nach dem Schlafzimmer gehen zu brauchen.

Für die Ausstattung einer Rentierstochter werden 24 Dutzend Hemden, 24 Dutzend Beinkleider, 24 Dutzend Nachthemden, 2 Dutzend Untertaillen usw. verlangt, obwohl bereits in früherer Zeit für die Ausstattung auf Vorrat 2 Dutzend angeschafft worden waren.

Die Ehefrau eines Maurermeisters besitzt einen Plüschmantel, einen Sammetmantel, einen Reisepelz und drei Kostüme, will aber unbedingt noch ein Winterjackenkleid haben.

Eine Rentiere, bei der bereits an Mänteln und Kostümen neun Stück ermittelt wurden, beantragt ein weiteres Kostüm.

Und so weiter und so weiter. . . . —

* * *

Notizen.

Zur Tagung des Reichstags. Die „Tägliche Rundschau“ berichtet: Ende dieses oder Anfang nächsten Monats wird der Bundesrat über den Reichshaushaltsplan beraten. Die Erledigung wird einige Tage in Anspruch nehmen, alsdann steht dem [illegible] nichts mehr im Wege. Es ist alsdann Beratungsstoff für den Reichstag vorhanden. Mitte Februar dürfte der Reichstag wieder zusammentreten. Die Frage, ob auch neue Steuervorlagen den Gegenstand seiner Beratungen bilden werden, harrt noch immer der Entscheidung. Das aber läßt sich schon jetzt sagen, unter den Mitteln, durch die man die Einnahmen des Reiches zu erhöhen trachten wird, steht der Ausbau der Warenumsatzsteuer mit in erster Reihe. Daß diese Quelle reichlicher als jetzt fließen muß, darüber ist man einig. —

*

Verbilligung der Staatsverwaltungen. In der Sitzung des verstärkten Haushaltsausschusses des Abgeordnetenhauses wurde am Donnerstag ein Erlaß des Kaisers vom 19. Januar d. J. zur Kenntnis gebracht, in dem erklärt wird, daß der geschichtlich gewordene Aufbau der Staatsverwaltung nicht mehr allerorts den veränderten Verhältnissen Rechnung trage. Die Frage sei ernstlich zu prüfen, wie eine Vereinfachung und Verbilligung aller Staatsverwaltungen herbeigeführt werden könne. Zu diesem Zwecke sollen zwei erfahrene Staatsbeamte mit der Ausarbeitung von Vorschlägen betraut werden. Diese Beamten sollen sich selbständig ihre Mitarbeiter auswählen und sollen bei ihren Arbeiten nicht an die Weisungen ihrer Vorgesetzten gebunden sein. —

*

Das Gesinderecht bleibt bestehen. Die Verfassungskommission des Preußischen Landtags sprach sich gegen die Aufhebung der aus dem Jahre 1810 stammenden Gesindeordnung aus, empfahl aber die Vornahme einer Revision dieser total veralteten Bestimmungen. Aber auch daraus wird nichts werden, denn ein Vertreter des Ministeriums des Innern erklärte: „Eine Neuregelung der Rechtsverhältnisse des Gesindes kann zurzeit nicht in Aussicht gestellt werden. Die Geschäftslage gestattet es jetzt nicht, dem Gedanken einer Vereinheitlichung des Gesinderechts in Preußen näher zu treten, dessen Verwirklichung eine erhebliche gesetzgeberische Vorarbeit in sich schließen müßte. Die Prüfung der Angelegenheit muß ruhigeren Zeiten vorbehalten bleiben.“ —

*

Jesko von Puttkamer, der frühere Gouverneur von Kamerun, ist in Berlin im Alter von wenig über 60 Jahren plötzlich gestorben. Die Umstände zur Abberufung von Puttkamers von seinem Gouverneurposten im Jahre 1906 und der daran anschließende Disziplinarprozeß, der mit der Verurteilung von Puttkamers zu einem Verweis endete, dürften noch in Erinnerung sein. —

*

Griechenlands Demütigung. Die griechische Regierung hat an die Gesandten der alliierten Mächte ein amtliches Schriftstück gerichtet, in dem es heißt: „Gemäß der Antwort auf das Ultimatum der alliierten Regierungen vom 28. Dezember 1916 und vom 8. Januar 1917 übermittelt die königliche Regierung den Gesandten von Frankreich, England, Italien und Rußland ihre förmellen Entschuldigungen wegen der bedauerlichen Ereignisse vom 18. November beziehungsweise 1. Dezember 1916.“ Nach einer weiteren Havasmeldung wird die feierliche Zeremonie des Grußes vor den Fahnen der Alliierten am nächsten Sonnabend vor dem Zappeion stattfinden. Die Gesandten der alliierten Mächte werden ihr in Uniform beiwohnen, ebenso auch der Admiral, der als Oberbefehlshaber die alliierten Seestreitkräfte befehligt und Vertreter der alliierten Marinen. —

*

Die Kriege Englands. In den letzten 78 Jahren hat England alles in allem ungefähr 41 Kriege und militärische Aktionen ausgeführt: Gegen Afghanistan 1838, 1840, 1878; gegen China 1841, 1848, 1856, 1860; gegen die Kaffern 1845, 1851, 1877; gegen Birma 1850, 1852, 1877; gegen Persien 1852; gegen Rußland 1854; gegen Englisch-Indien 1850, 1860, 1863, 1868, 1869, 1890, 1896, 1897; gegen die Aschantis 1864, 1873, 1896; gegen Abessinien 1867; gegen die Zulus 1878; gegen die Basutos 1879; gegen Südafrika 1881, 1899; gegen Sansibar 1890; gegen den Sudan 1884, 1886, 1896; gegen die Matabele 1893; gegen die Mittelmächte ab 1914. —

Die englische Arbeiterpartei trat am 23. Januar 1917 zu ihrem 17. Jahreskongreß in Manchester zusammen. Die Partei besteht aus Gewerkschaften und sozialistischen Organisationen. Sie zählt über 2 Millionen Mitglieder, wovon jedoch nur etwa 40 000 sozialistisch organisiert sind, so daß 98 Prozent der Mitglieder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sind. Im Parlament ist sie durch 34 Mitglieder vertreten, im Ministerium Lloyd George durch nicht weniger als sechs Mitglieder, so daß die Arbeiterfraktion insgesamt 40 Mitglieder zählt. Ueber die Verhandlungen des Kongresses liegen bisher so gut wie keine Berichte vor. Nur das Ergebnis einer Anzahl von Abstimmungen wird gemeldet. Mit 1 840 000 gegen 307 000 Stimmen wurde die Beteiligung der Arbeitervertreter an der Regierung gebilligt. Bei der Beratung, welche dem Beschluß voranging, erklärte Minister Henderson, daß das einzige Ziel der Arbeitervertreter, welche Aemter in der Regierung annahmen, gewesen sei, den Krieg so schnell als möglich zu beendigen. Der Kongreß entschied ferner mit 1 498 000 gegen 696 000 Stimmen dagegen, daß gleichzeitig mit der Friedenskonferenz ein internationaler Sozialistenkongreß abgehalten werden soll. Der Kongreß nahm mit 1 026 000 Stimmen gegen 484 000 Stimmen den Vorschlag, eine Arbeiterkonferenz der Alliierten abzuhalten, an. Außerdem verwarf der Kongreß mit 1 697 000 gegen 302 000 Stimmen eine Resolution, in der sofortige Friedensvorschläge verlangt werden. —

*

Kohlendemonstration in Paris. „Petit Journal“ meldet zur Pariser Kohlennot: Hinter leeren Kohlenwagen demonstrierend, bewegte sich eine nach vielen Tausenden zählende Menge vom Place de la République über die Große Oper zu den Ministerien. An den Straßenkundgebungen haben allein an der Place de la République mindestens 5000 Personen teilgenommen, darunter vor allem Hausfrauen, die seit 5 Uhr morgens in der bittern Kälte vergeblich auf einen Sack Kohlen warteten. Eine Konferenz im Transportministerium, an der der Seinepräfekt und der Pariser Stadtratspräsident teilnahmen, beschloß, die Kohlenreserven der Stadt Paris in Angriff zu nehmen. Die Stadt Amiens hat Kohlenkarten eingeführt. Die Demonstrationen hatten in der Nachmittagssitzung der Kammer ein Nachspiel. Die Abgeordneten Lauche, Paté und Ignace brachten eine dringende Interpellation über die Pariser Kohlenkrise ein. Die Abgeordneten bezeichneten die Lage als völlig unhaltbar. Die Kinder litten unter dem Froste. Sie wünschen von der Regierung keine Worte, sondern Abhilfe, und zwar bis zum nächsten Freitag. Der Abgeordnete Lauche wies auf die Straßenkundgebungen vom Vormittag hin, die der Regierung zur Warnung dienen sollten. Minister Herriot versprach, am kommenden Freitag der Kammer Rede zu stehen. Auch die Regierung kenne die Leiden der französischen Bevölkerung, sei aber außerstande, Wunder zu tun. —

*

Die Zensur in Frankreich. In der Kammersitzung wurde eine Interpellation Alexandre Blanc auf Abschaffung der politischen Zensur erörtert. Blanc erklärte, die Blätter, die die Regierung kritisierten, würden beschlagnahmt und verboten. Der Liberalismus, den Briand gegen die Regierungspresse ausübe, solle auch auf die übrigen Blätter angewandt werden. Die Interpellation wurde schließlich vertagt. —

*

Geheime Kammersitzung in Frankreich. Die Kammer hat sich mit 289 gegen 187 Stimmen für die Abhaltung einer Geheimsitzung entschieden, um die Interpellationen Ferry und Abrami über die Ereignisse in Griechenland zu erörtern. —

*

Russisches. Das „Journal“ meldet aus Petersburg über Kopenhagen: Miljukow, der Führer der Kadettenpartei, soll verhaftet worden sein. Seine Verhaftung habe tiefen Eindruck gemacht. Der „B. Z. am Mittag“ wird aus Stockholm berichtet, daß die russischen Oppositionsparteien sich durch die Wendung, die die politische Lage in den letzten Wochen genommen hat, in völliger Verzweiflung befinden. Der große Einfluß, den ihr verhaßter Gegner, der Minister des Innern, Protopopow, gewonnen hat, die Vertagung der Duma, die neuen verschärften Verfügungen gegen die Presse haben eine ungeheure Gärung im Lande verursacht. Wie in den Tagen vor der Revolution des Jahres 1904 finden überall geheime Versammlungen statt, in denen den Machthabern der Kampf auf Leben und Tod angekündigt wird. Selbst die Kadetten haben, wie die „Birshewija Wjedomosti“ melden, einen heimlichen Konvent abgehalten. —

* * *

Höhe 304 vor Verdun.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 26. Januar 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz.

Auf dem Westufer der Maas stürmten im Abschnitt des Generals der Infanterie v. François unter dem Befehl des Generalleutnants von dem Borne bewährte westfälische und Teile badischer Regimenter, wirksam unterstützt durch Artillerie, Pioniere und Minenwerfer, die französischen Gräben auf Höhe 304 in 1600 Metern Breite. Im Handgemenge erlitt der Feind blutige Verluste und ließ rund 500 Gefangene, dabei 12 Offiziere, und 10 Maschinengewehre in unsrer Hand. Nachts setzten die Franzosen zum Gegenangriff an, der mißlang.

Oestlich der Angriffsstelle führten Unternehmungen am Toten Mann und nordöstlich von Avocourt zum gewünschten Ergebnis.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Die Kämpfe an der Aa brachten auch gestern den angreifenden ostpreußischen Divisionen vollen Erfolg durch Wegnahme weiterer russischer Stellungen beiderseits des Flusses. Auf dem Ostufer scheiterten starke feindliche Gegenstöße. 500 Gefangene wurden eingebracht.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Im Bereczker Gebirge wurden im Casinutal Angriffe mehrere rumänischer Kompanien zurückgewiesen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Nichts Neues.

Mazedonische Front:

Bei Bucjuektas an den Hängen des Moglena-Gebirges schlugen bulgarische Truppen einen Vorstoß serbischer Kräfte ab.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Sebr. Barasch

Für den täglichen Bedarf!

Ohne Seifenkarte

Blitzblank	5 Pakete	30 ₰
Aluminiumputz	Paket	24 ₰
Bleichsoda	4 Pakete	55 ₰
Linda-Waschpulver	schäumend Paket	48 ₰
Stärke-Ersatz	Paket	20 ₰
Salmiak-Terp.-Waschpulver	2 Pakete	40 ₰
Waschpulver „Wäschermädel"	Paket	48 ₰
Ton-Waschmittel	Stück	10 5 ₰
Waschblau	Paket	9 ₰

Bohner-Masse 1-Pfund-Dose 2.40

Barasch' Schuhcreme in Glasdosen 35 ₰

Schuhcreme große Dose 42 ₰

Butterbrotpapier Rolle = 100 Blatt 45 ₰

Klosettpapier „Jodler" 2 Rollen 70 ₰

Meyers Solarine Flasche 28 ₰

Rasierklingen Stück 12 ₰

Rasier-Apparat mit Klinge, im Karton 1.75

Hellos-Flasche 12 Stunden warmhaltend, ½ Liter 3.00

Taschenlampen mit guter Füllung 2.65

Lunten-Feuerzeug 30 ₰

Kinder-Lackgürtel Stück 48 ₰

Preiswerte Damen-Leder-Handtaschen

Serie 1	2	3	4	5	6	7	8
2.95	3.75	4.25	5.50	6.75	8.50	9.50	10.50

Fries-Fenstermäntel	9.75	6.50	2.95
Barchent-Bettücher	2.95 bis		7.50
Schlafdecken	14.50	12.50	
Plüsch-Querbehänge			2.95
Plüsch-Sofaschoner			5.95
Tüll-Künstlergardinen Stück	12.75	10.75	7.25

Fußschlüpfer für Stiefel Paar 1.00

Fußschlüpfer für Stiefel, Leder, mittel Paar 2.45

Wickelgamaschen wasserdicht Paar 6.25 5.50 3.25

Radel-Stutzen für Damen Paar 4.95 4.25 3.75

Schlittschuhe

Schrauben-Schlittschuhe				Paar 1.50
Schlittschuhe „Konsul"			Paar 2.35	2.75
Schlittschuhe „Stürmer"				Paar 3.90
Schlittschuhe „Stürmer" vernickelt				Paar 5.50
Schlittschuhe „Range"				Paar 4.45
Schlittschuhe „Range" vernickelt				Paar 6.95
Holländer Schlittschuhe Paar	12.50	10.50	7.50	6.95

Ohrenschützer Samt, mit Stahlbügel Paar 68 ₰

Ohrenwärmer reine Wolle, gestrickt Paar 55 ₰

Leser und Leserinnen, deckt alle eure Einkäufe nur in den Geschäften, die in der „Volksstimme" inserieren!

Auf unsere Firma

müssen Sie nützen, wenn Sie

Schuhwaren

gut und billig

kaufen wollen. Wir bieten Ihnen stets etwas Besonderes.

Hauptgeschäft Magdeburg

17 Alter Markt 17

Kein Laden! 1 Treppe hoch!

direkt neben Schuhmarkt.

Filiale Sudenburg

121c Halberstädter Straße 121c

Ecke Weitzenstraße. 3488

Haar aufgeschnitten kauft Oehlsläger, Breiteweg 110.

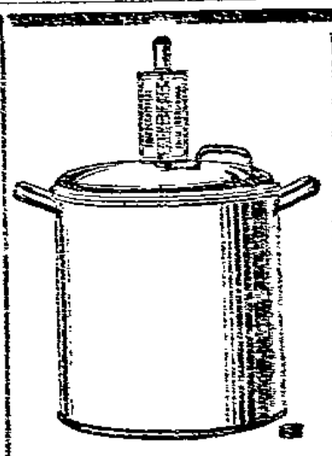
Ansichtspostkarten f. Buchdlg. Volksstimme.

Möbeltransporte zuverlässig, gewissenhaft, Verladung Rollwagen aller Größen über Land billigst bei

Ernst Funke, Magdeburg, Freie Straße 2 a. Tel. 4[illegible]

Getragene Schuhe, gute u. heilbare, kauft H. Baumgarten Gr. Mühlenstr. 3, 1. Lad. 3511

Achtung! Prima Milchziegen und Lämmer, belegt, billig zu verkaufen Wolfenbüttler Straße 60 Telephon 270. 3[illegible]



Einkoch-Apparate

Einkoch-Gläser

anerkannt vorzüglich für Gemüse und Fleisch in allen Größen zu billigsten Preisen.

Reibmaschinen

Brotschneidemaschinen

Emaillewaren, Wärmflaschen

empfiehlt 3525

Heinrich Schmidt, Klempnerei und Installation Magdeburg, Gr. Münzstraße 1 nahe Breiteweg. Fernsp. 3922

Wollwaren!

Gefütterte Damen-Schlupfhosen
Gefütterte Damen-Hemdhosen
Gefütterte Kinder-Anzüge
Damen-Normalhosen
Damen-Normaluntertaillen
Knaben-Normalhosen
Kinder-Barchenthosen
Gestrickte Damen-Westen
Herren-Jagdwesten
Gestrickte Herren-Jacken
Mädchen- und Knaben-Sweater

ferner

Lungenschützer, Leibbinden
Kniewärmer, Kopfschützer
Ohrenschützer, Fausthandschuhe
Pulswärmer, gestrickte Handschuhe, Strümpfe, Gamaschen
Militärschals

— in großer Auswahl —

3480

Bazar-Magdeburg Ecke Jakobs- und Peterstraße

Filialen: Sudenburg, Buckau, Neustadt, Wilhelmstadt, Gr.-Ottersleben

Die bei mir verpfändeten Sachen können bis auf weiteres werktäglich von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags eingelöst werden. 26

M. Birnbaum

Magdeburg

Katharinenstraße Nr. 2, 3

Bettnässen Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. Gg. Englbrecht, sanit. Verfandgsch. Stockdorf 334 b. München

Meine Parteipreise bieten große Vorteile!

Moderne

Damen-Ulster und -Paletots 19 Mk. u. höher.

Schicke Kostüme, Jacken u. Mäntel

in schwarz und farbig und noch aus guten Stoffen, in Plüsch, Astrachan u. Samt

Moderne Blusen

Sieverlings

Stagen-Geschäft 3326

Jakobstr. 17, I.

Die Kunst

sich bei diesen teuren Zeiten fein und preiswert zu kleiden, wird Ihnen nur geboten, wenn Sie aus feinsten Häusern stammende

wenig getragene Maßgarderoben

kaufen. Großes Lager von in eigner Werkstatt tadellos wiederhergestellten

reinwollenen

Jackett-, Gehrock-, Cutaway-, Frack- und Smoking-Anzügen.

Riesenlager von Paletots und Ulstern für Herbst und Winter. 3458

Verleihung

von Herren-Garderobe für Tage und Wochen zu mäßigen Gebühren. —

Friedrich Paul's

Spezial-Stagengeschäft f. feine Herren-Bekleidung

56 Breiteweg 56

1 Treppe gegenüber Barasch.

Freitag und Sonnabend

trifft ein großer Posten

fette Enten

ein. — Außerdem frische

Hühner und Poularden.

W. Stoessel Breiteweg 228

Fernsprecher 1155.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 22. Magdeburg, Sonnabend den 27. Januar 1917. 28. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 26. Januar 1917.

Aus dem Stadtparlament.

Im alten Magdeburger Stadthaus am Alten Markte gehörten in Friedenszeiten grundsätzliche Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteigruppen nicht zu den seltensten Vorkommnissen. Es wurde zumeist nicht sanft zugefaßt, es „flogen Späne" und es gab sprühende Funken. Neben den kleinen positiven Erfolgen, die dabei von unsern Vertretern erkämpft wurden, brachten die heißen Gefechte einen bedeutungsvoller Vorteil: sie klärten auf über die Ziele der streitenden Parteien, über ihre Kampfesart und die Machtverhältnisse im Stadtparlament. In der Hitze eines solchen Gefechts verrieten die Gegner in der Regel mehr von ihren Anschauungen und Wünschen, als in ruhiger Verhandlung über Verwaltungsgegenstände. Aber niemals hat die bürgerliche Rechte so aufklärend gewirkt, niemals die politische Wirklichkeit so blitzhell erleuchtet wie am Donnerstag, als die Bürgerlichen — gar nichts sagten.

Es handelte sich um den sozialdemokratischen Antrag, nach dem die Mandate der unbesoldeten Magistratsmitglieder unterschiedslos an alle Gruppen gemäß ihrer Stärke zu verteilen sind. Es war eine Probe auf — die Neuorientierung. Die Bürgerlichen mußten hier Farbe bekennen, ob sie gedenken, den schönen Worten über Beseitigung alter Zurücksetzung, freie Bahn den Tüchtigen und andre erhabene neue Dinge auch Taten folgen zu lassen. Der sozialdemokratische Antrag hätte noch gar keine alten Vorrechte der Bürgerlichen beseitigt, er konnte nur einen Ausblick geben, wie man es in Zukunft zu halten gedenke. Es wurde Klarheit geschafft, die Bürgerlichen bekannten Farbe.

Früher haben sie gegen die Gründe der Sozialdemokraten noch angekämpft, sich, manchmal erheblich aufgeregt, diesmal stürzten sie sich noch nicht einmal in diese Unkosten. Sie schwiegen einfach und lehnten den Antrag ab.

Nach der ersten Rede unsers Genossen Wittmaack kam nur eine kurze Erklärung des Stadtr. Gebelt: Die äußerste Linke hat einen Vertreter im Magistrat zugebilligt bekommen, wir haben ihren Wunsch erfüllt, über ein weiteres Verlangen lassen wir gar nicht mit uns reden. Die Sache ist erledigt. Und als Wittmaack entgegnete und nach den Gründen fragte — lag eisige Ruhe auf allen Gesichtern. Auch die bürgerliche Linke fand kein Wort für die Rechte der Demokratie. Bei Kleinigkeiten ließ sie ihr Mühlenweibchen dagegen tüchtig klappern. Bei der Abstimmung stimmten allerdings sieben Freisinnige für unsern Antrag.

Er hat seine Aufgabe erfüllt, weil er Klarheit schaffte über die „neuen" Beziehungen der Arbeiterpartei zu den bürgerlichen Parteien, er hat auch sonst manche Illusion zerstört. Das ist gut so. Die Arbeiter müssen erkennen, daß es unmöglich ist, auf Grund einer abstrakten Gerechtigkeit positive politische Rechte zu erreichen, daß es auch eine Unmöglichkeit ist, die Kriegsopfer ohne Kampf in politische Gleichberechtigung umzusetzen durch Verhandeln. All die guten Menschen und — vertrauensvollen Politiker, die mit idealem Feuer davon schwärmen, irren eben, wie gute Menschen häufig irren. Das hat auch mit politischer Einsicht oder Kurzsichtigkeit, mit menschlichen Eigenschaften bei den Gegnern nichts zu tun: sie geben — ob einsichtsvoll oder kurzsichtig, ob gut oder kaltherzig — ihre politische Macht nicht kampflos aus den Händen.

Das ist politisch denkenden Arbeitern nicht neu; ohne Kampf und Anstrengung fallen ihnen keine Rechte in den Schoß. Diese Erkenntnis ist ihnen auch im Schützengraben nicht abhanden gekommen. Es ist auch nicht der Grund ihres Ausharrens in dem Ungeheuerlichen draußen, daß sie hoffen, von politischen Machthabern als getreue Diener der Allgemeinheit belobt zu werden. Ihr Dienst ist so hart und ihre Opfer sind so über alle Maßen groß, daß kleine Geschenke und warme Anerkennung keine Gegenleistungen sein können.

Wenn sie blutige Opfer bringen in fernen Landen, treu und beharrlich, dann kämpfen sie — um weiter erfolgreich kämpfen zu können. Um eine freie Bahn, ein unabhängiges Land, die Möglichkeit der weiteren Entwicklung für ihre Organisationen zu haben, wenn der Weltkrieg beendet ist. In diesem Lande, das sie verteidigt und dessen Unversehrtheit sie erhalten haben, werden sie dann kämpfen um ihre Rechte, um ihre Ziele. Aber sie müssen dieses unabhängige Land haben, um kämpfen zu können. —

** **Wochenverteilungsplan für Fleisch.** Es laufen in der Woche vom 29. Januar bis 4. Februar am Donnerstag Gruppe 2, am Freitag Gruppe 3, am Sonnabend Gruppe 1. Für diese Woche gelten die Marken 1 bis 10 der Karte für Erwachsene und 1 bis 5 der Karte für Kinder zur Entnahme von je 25 Gramm. Auf die Marken 1, 2, 3, 4 der Karte für Erwachsene und Nr. 1 und 2 der Karte für Kinder muß Rindfleisch, auf die Marken 5, 6 und 7 für Erwachsene und Nr. 3 für Kinder kann Kalb-, Hammel- oder Schweinefleisch, auf die Marken Nr. 8 und 9 für Erwachsene und Nr. 4 für Kinder kann Wurst, auf die Marke Nr. 10 für Erwachsene und Nr. 5 Kinder kann Fett entnommen werden. Sämtliche obengenannten Marken, also für Erwachsene Nr. 1 bis 10 und für Kinder Nr. 1 bis 5, berechtigen zugleich zum Einkauf von Hühner-, Roß- und Freibankfleisch. Hühner werden im Durchschnittsgewicht von 400 Gramm, junge Hähne bis zu ½ Jahr mit einem Durchschnittsgewicht von 200 Gramm und Roßfleisch in der vierfachen Menge auf die Fleischkarte angerechnet. —

— **Als Verkaufsstellen für die Binnenschiffer** sind noch nachzutragen für Kartoffeln und Kolonialwaren: Gustav Schuchardt, Kegeler Straße 3, und Dorothee Jacobs, Mittelstraße 8. —

— **Höchstpreise für Schuhreparaturen.** Amtlich wird mitgeteilt: Durch eine Verordnung des Bundesrats vom 25. Januar 1917 wird die Ausbesserung von Schuhwaren einer ähnlichen Preisbeschränkung unterworfen, wie sie schon bisher für den Verkauf solcher Waren galt. Von der Festsetzung von Höchstpreisen ist mit Rücksicht auf die Verschiedenheit des Materials und die örtlichen Schwankungen der Löhne abgesehen worden. Für die Preisberechnung die lediglich die Gestehungskosten, einen angemessenen Teil der allgemeinen Unkosten und einen angemessenen Gewinn einschließen darf, sind die von der Gutachterkommission für Schuhwarenpreise aufgestellten Richtsätze maßgebend. Angaben über die Reparaturpreise und ihre Berechnung sind im Laden auszuhängen, außerdem ist der ausgebesserten Ware ein mit der Bezeichnung der Firma oder des Namens des Unternehmers der Reparatur versehener Begleitschein beizufügen, aus dem die Art der Ausbesserung und der bezeichnete Preis sowie die Zeit der Ausbesserung (Jahr und Monat) zu ersehen sind. Bei Vermutung übermäßiger Preisforderung kann schiedsgerichtliche Festsetzung des Preises beantragt werden. Das Schiedsgericht ist das gleiche, das auch Streitigkeiten über die Verkaufspreise von Schuhwaren entscheidet (§ 6 der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren vom 28. September 1916); auch Anrufung und Verfahren sind in derselben Weise geregelt wie in der genannten Verordnung. —

— **Saatkartoffeln.** Trotz mehrfacher Aufforderung haben einzelne Besitzer ihren Bedarf an Saatkartoffeln bei der städtischen Kartoffelstelle immer noch nicht zur Anmeldung gebracht. Der Magistrat wird die bis zum 31. Januar noch eingehenden Meldungen der zuständigen Sammelstelle in Halle überweisen, kann jedoch eine Gewähr, ob sie daselbst berücksichtigt werden, nicht übernehmen. Nach dem 31. Januar werden Anmeldungen für Saatkartoffeln nicht mehr angenommen.

— **Brotsendungen an Kriegsgefangene verboten.** Wolffs Bureau verbreitet folgende Bekanntmachung: Ausreichende Versorgung unsrer Kriegsgefangenen in Frankreich und der französischen Kriegsgefangenen bei uns mit Brot ist durch besondere Abmachungen mit der französischen Regierung sichergestellt. Infolgedessen ist die Versendung von Brot, Biskuit und Zwieback in einzelnen Postpaketen an die Gefangenen in Deutschland und Frankreich als überflüssig verboten. Brot, Biskuit und Zwieback, die trotz des Verbots den Kriegsgefangenenpaketen beigefügt werden, werden den Empfängern nicht ausgehändigt. —

** **Die Bezugsscheinpflicht für Schuhwaren** wird leider noch immer teils nicht richtig aufgefaßt, teils direkt umgangen. Es wird deshalb vom Magistrat wiederholt, daß jedes Paar Schuhwerk ohne jede Ausnahme der Bezugsscheinpflicht unterliegt, und daher nicht verkauft werden darf, bevor nicht der Bezugsschein genehmigt ist. Die Schuhwarenhändler und Schuhmachermeister werden von neuem darauf aufmerksam gemacht, daß sie auch die Verpflichtung haben, ein Bezugsscheinbuch zu führen, aus dem sich die bei ihnen getätigten Käufe ergeben.

— **Die Fischversorgung.** Vor einigen Wochen wurden einmal allerlei schöne Hoffnungen geweckt: Fischwaren sollten billiger werden. Es kam auch ein kleiner Preisrückgang, gleich darauf waren aber Bücklinge, Sprotten und Marinaden von der Bildfläche verschwunden. Etwas günstigere Preise, aber keine Ware, das die neue Lösung, die aber merkwürdig alt anmutete. Jetzt gibt es „ausländische" Ware und darum selbstverständlich teure Ware. Von Berlin wird mitgeteilt: Es kommen neuerdings Oelsardinen auf den Markt, kleine minderwertige Fische, die höchstens einen Wert von 60 Pf. pro Dose haben aber schon bis auf 2.50 Mark hinaufgetrieben sind. Die Angelegenheit hat das Kriegswucheramt in die Hand genommen. Es ist aber zu erwarten, daß die Ware schleunigst in die Provinzstädte abgeschoben wird. Aufsehenerregende Mitteilungen über Mißstände in der Fischversorgung machte aber in der Neuköllner Stadtverordneten-Versammlung der sozialdemokratische Stadtverordnete Heilmann. In der Begründung eines Antrags zur Lebensmittelversorgung führte er aus: Wir haben in Neukölln einige städtische Fischhallen eingerichtet, die die Bevölkerung mit billigen Nahrungsmitteln versehen sollen. Aber diese Hallen sind jetzt vollständig leer. Dieser Mißstand ist darauf zurückzuführen, daß die Regierung eine Organisation schaffen will, um den Gemeinden gleichmäßig Fische zu liefern. Die Organisation ist immer noch nicht zu Ende geführt und, wie ich aus guter Quelle weiß, liegen in den Hafenstädten Berge von Fischen und verfaulen! Weshalb? Weil die Organisation noch nicht fertig ist. Dies sind Zustände, die kaum glaublich, aber wahr sind. (Große Unruhe.) Der greise Magistrat hat mit einem Großunternehmer in Warnemünde einen Vertrag abgeschlossen, um uns mit großen Quantitäten Räucherfischen zu versorgen. Als der Vertrag abgeschlossen war, erklärte der Unternehmer der Stadt Neukölln, daß er die Fische nicht liefern kann und den Vertrag auflösen muß, weil er von der Regierung gehindert sei, Fische auszuführen. Die Organisation ist noch nicht fertig. Wann wird sie fertig? —

— **Der Reichskanzler zu den Ernährungsfragen.** Die Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei hat im Dezember den maßgebenden Stellen eine eingehende Denkschrift über die Ernährungsfragen unterbreitet, die von den Abgeordneten Hoff und Dr. Wendorff verfaßt worden ist. Nun hat sich der Reichskanzler in einer Zuschrift an Dr. Müller (Meiningen) zu der Broschüre geäußert. Er führt aus: Mit Recht wurde der Grundsatz betont, daß die menschliche Ernährung der tierischen Ernährung überall da vorzugehen hat wo die unmittelbare Zuführung von Feldfrüchten oder andern Nahrungs- und Futtermitteln zur menschlichen Ernährung eine bessere wirtschaftliche Ausnutzung bietet als ihre Verfütterung. In dieser Richtung hat der Präsident des Kriegsernährungsamts bereits durch verschiedene Maßnahmen eingegriffen. Bei dem großen Werte eines starken Vieh- und Schweinebestandes als Rücklage für den Fall dringender Not und der Tragweite jedes ungeeigneten Eingriffs werde sich wegen weiterer Maßnahmen erst Entscheidung treffen lassen, wenn neben dem vollständigen Ergebnis der Viehzählung die Ergebnisse nach Beendigung des Ausdruschs vorhergesehene Aufnahmen der Körnerfruchtbestände vorliegen. —

— **Falsche Brotmarken.** In Dortmund ist man einem Schwindler mit Brot- und Warenmarken auf die Spur gekommen. Angestellte einer Druckerei, wo die Marken hergestellt wurden, haben größere Mengen gestohlen und sie nicht nur selbst verbraucht, sondern Handel damit getrieben. Ein Maschinenmeister der Druckerei wurde bereits verhaftet. —

× **Gestohlen** wurden in der Nacht zum 25. d. M. aus einem verschlossenen Schaukasten in der Kaiserstraße nach Zertrümmerung der Scheibe ein photographischer Apparat 9×12 Heag 1 und ein Dubleeklemmer. —

— **Nichtöffentliche Sitzung der Stadtverordneten.** Zugestimmt wird, daß die Streitsache zwischen der Stadtgemeinde Magdeburg und der Landgemeinde Diesdorf wegen der von der letztern für das Jahr 1915 beanspruchten Zuschüsse zu ihren Schul-, Armen- und Polizeilasten vergleichsweise erledigt wird. Gegen die Anstellung des seit Anfang September 1914 im Stadt- und Landkreis Eisenberg (S.-A.) vertretungsweise tätigen praktischen Arztes Dr. med. Brock als Assistenzarzt an der chirurgischen Abteilung der Krankenanstalt Sudenburg vom 2. Januar 1917 ab, vorbehaltlich der Beibringung des Approbationsscheins, unter den üblichen Bedingungen wird nichts eingewendet. Entsprechend der Neueinteilung der Armenpfleger-Reviere in Fermersleben wurden für dort sieben Armenpfleger gewählt. —

— **Anmeldung zur Landsturmrolle.** Alle männlichen Personen sind, sobald sie das 17. Lebensjahr vollenden, zur Anmeldung zur Landsturmrolle verpflichtet. Die Anmeldung der in dem Jahre 1900 geborenen, in der Stadt Magdeburg und den zugehörigen Stadtteilen wohnhaften Personen findet im Militärbureau, Hauptwache 4/6, 1 Tr., statt. Ueber Anmeldungszeiten unterrichten Anschläge an den Plakatsäulen. —

— **Eine Kriegsunterstützung für die Postbeamten im Ruhestand.** Die Oberpostdirektionen sind vom Reichspostamt ermächtigt worden, den bedürftigen Beamten im Ruhestand und den bedürftigen Hinterbliebenen von Beamten und Ruhegehaltsempfängern im laufenden Rechnungsjahr nach Darlegung der Einkommensverhältnisse eine einmalige außergewöhnliche Kriegsunterstützung bis zum Betrag von 100 Mark zu bewilligen. —

— **Wieder ein Lieferungsvertrag durchkreuzt.** Wir teilten mit, daß durch eine Verfügung des Landwirtschaftsministers es der Stadt Berlin unmöglich gemacht wurde, einen Vertrag auf Lieferung von fetten Schweinen abzuschließen. Die Berliner Presse berichtet jetzt über einen ähnlichen Fall, der wieder beweist, wie die den Städten empfohlenen Abschlüsse auf Lieferungsverträge unmöglich gemacht werden. Eine Braunschweiger Dörrgemüsefabrik teilte dem Berliner Magistrat mit, daß sie nicht in der Lage sei, den mit ihm abgeschlossenen Vertrag zu erfüllen, da Frischgemüse von der Regierung beschlagnahmt, ebenso wie Rohgemüse, das die Firma bereits auf Lager hatte, und das Absatzverbot für Dörrgemüse bis auf weiteres verlängert sei. Die Ernährungsfürsorge mit Lieferungsverträgen nimmt einen erfreulichen Anfang. —

— **Arbeiterjugend.** Am Sonntag unternehmen die Buckauer, Altstädter und Wilhelmstädter einen Ausflug nach Olvenstedt. Treffpunkt um 3 Uhr an der Endstation der Straßenbahn in der Olvenstedter Straße. Für Alte Neustadt ist ein Nachmittagspaziergang durch den Biederitzer Busch festgesetzt. Treffpunkt ½3 Uhr an der Königsbrücke, Sudenburg trifft sich zu einem Ausflug nachmittags ½2 Uhr an der Fichtestraße. —

— **Kriegsunterstützung für Pensionäre und Witwen von Polizeibeamten.** Das Polizeipräsidium ist von dem Minister des Innern ermächtigt, bis Ende März d. J. den bedürftigen Pensionären mit einem Einkommen unter 2500 Mark und den Witwen verstorbener Beamten mit weniger als 1200 Mark Einkommen — ohne Waisengeld — eine einmalige Unterstützung bis zu 100 Mark aus Anlaß der gegenwärtigen Teurung zu bewilligen. Gesuche sind an das Polizeipräsidium zu richten. —

— **Von der Straßenbahn angefahren.** Am Donnerstag nachmittag wurde der Braunschweiger Straße 1 wohnende Arbeiter August U. in der Wilhelmstraße von einem Straßenbahnwagen angefahren, kam zu Fall und erlitt außer einer Kopfverletzung noch eine Gehirnerschütterung. Der Verunglückte fand Aufnahme in der Krankenanstalt Altstadt. —

— **Den Fuß verbrüht.** Am Donnerstag nachmittag verbrühte sich die Arbeiterin Anna D. in der Fabrik von Polte durch ausströmenden Dampf den linken Fuß. Die Verletzte wurde mittels Sanitätswagens nach ihrer Wohnung gebracht. —

— **Unfall.** Am Donnerstag abend geriet die Neue Straße 12 wohnende Arbeiterin Gertrud R. in der Fabrik von Wolf in Salbke zwischen die Puffer zweier Eisenbahnwagen und erlitt eine Quetschung des Unterleibs. Die Verunglückte wurde mittels Sanitätswagens nach dem Krankenhaus Sudenburg gebracht. —

× **Logisdiebin.** Am 24. d. M. vormittags hat eine unbekannte Frauensperson im Zeitzbauer eine Schlafstelle bezogen und ist mittags, nachdem sie einer Frau die ebendaselbst wohnt, ein blaugestreiftes und ein schwarzweiß kariertes Kleid, einen weißen Unterrock, einen schwarzen Samthut mit weißer Feder, ein graues Umschlagetuch, zwei weißleinene Hemden, ein Beinkleid, ein Nachthemd, zwei weißleinene Unterjacken, acht weiße Taschentücher geg. „B.", ein Paar halbe Damenlackschuhe, eine kurze goldene Halskette mit Anhängsel und 18 Mark gestohlen hat, verschwunden. Zurückgelassen hat sie einen kleinen Reisekorb, der aufgebrochen und jedenfalls auch gestohlen ist. In diesem befanden sich unter anderm „A. H." gezeichnete Herrenwäsche, mehrere Mandolinenbänder mit der Aufschrift „Ehre das Andenken Deiner lieben Margarete" und ein Romanbuch. Ferner hat sie zurückgelassen einen großen Koffer mit der eingeschlagenen Nr. 201, einen kleineren Koffer, zwei Vierkantschlüssel, eine Drahtzange und einen Ring mit drei kleinen Schlüsseln und einen Dietrich. Möglicherweise haben diese Gegenstände auch in dem Reisekorb gelegen. —

× **In Haft genommen** wurden ein Arbeiter von hier und ein fahnenflüchtiger Soldat, die in der Nacht zum 25. d. M. in Derben von unverschlossenem Boden Schinken, Speck und Wurst gestohlen haben. Um auf den Boden zu gelangen, hatten sie ein Kellerfenster zertrümmert, waren durch dieses in das Gebäude gestiegen und haben es auf demselben Wege wieder verlassen. Die gestohlenen Sachen hat der Geschädigte bis auf eine Kleinigkeit zurückerhalten. —

— **Blinder Lärm.** In der Nacht von Donnerstag zum Freitag um 11¼ Uhr wurde die Feuerwehr vom Feuermelder Breiter Weg 16 aus alarmiert. Die Meldung erwies sich als blinder Lärm. Einige aus einem Schornstein des Hauses Breiter Weg 168 herausfliegende Funken hatten die Veranlassung zur Feuermeldung gegeben.

— **Wäschebrand.** Am Freitag vormittag kurz vor 9 Uhr setzten in einem Kinderzimmer des dritten Obergeschosses Wilhelmstraße 19 die zum Trocknen an einem geheizten Ofen aufgehängten Wäschestücke in Brand. Die Gefahr war beim Eintreffen der Wehr schon beseitigt. —

Theater, Konzerte 2c.

Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Heute: Erstaufführung „Andreas Hofer" von Immermann. Neue Bühnenbearbeitung von Erich Feldhaus. Sonntag nachmittag „Nora", abends 7 Uhr zum letzten Male „Mona Lisa". Montag zum letzten Male „Jedermann". —

Zentraltheater. „Das Fräulein vom Amt" wird in der erprobten Besetzung und in gleichfalls gediegener Aufmachung geboten werden. Am Sonntag zwei Aufführungen. —

Magdeburger Damenchor. Sonntag den 4. Februar Konzert in der Aula der Augustaschule, Listemannstraße. Anfang 6 Uhr. Leitung: Kapellmeister Neuling. Solo: Konzertsängerin Frl. Dippner, Frl. Herms, Frl. Kamm. Programme in der Buchhandlung Volksstimme und Abendkasse.

2. Sitzung der Stadtverordneten.

Magdeburg, 25. Januar 1917.

Nach der Bekanntgabe einiger Eingänge wird zur Wahl zweier unbesoldeter Stadträte geschritten. Für Stadtrat Rudolf Arendt, dessen Wahlperiode am 28. November 1920 abläuft und der krankheitshalber sein Amt niedergelegt hat, wird Stadtv. Eduard Schmidt gewählt. Von 45 abgegebenen Zetteln lauten 41 auf Schmidt, 4 werden weiß abgegeben. An Stelle des verstorbenen Stadtrats Schatz wird Genosse Beims gewählt. Er erhält von 48 abgegebenen Stimmen 42, 6 Zettel werden weiß abgegeben. Genosse Beims wird, wenn seine Bestätigung erfolgt, der erste Vertreter der Sozialdemokratie im Magistrat sein.

Die Zustimmung zu der Aenderung der Armenpfleger-Reviereinteilung des Stadtbezirks 51 — Fermersleben — wird erteilt. Ebenso zur Aufteilung und Verpachtung des in der Gemarkung Sudenburg am Hohendodeleber Wege nördlich der Eisenbahn belegenen städtischen Ackerstücks in kleine Parzellen. Gegen die Beschaffung einer neuen Eisenbahngleiswage auf dem Schlacht- und Viehhof für 5500 Mark wird nichts eingewendet.

Die Verlängerung des Vertrags mit der Firma Otto Kraatz Nachfolger über das Leichenfuhrwesen auf die Zeit vom 1. April 1916 bis 31. März 1924 wird genehmigt. Ein Antrag des Stadtverordneten Weder findet Annahme, daß die Firma bei Eröffnung eines weiteren Friedhofs keine weitere Entschädigung zu beanspruchen hat.

Der am 27. Oktober 1916 in Magdeburg verstorbene frühere Fabrikdirektor Leopold Sporl hat der Stadt ein Kapital von 50 000 Mark zur Errichtung einer Leopold-Sporl-Stiftung vermacht. Außerdem einige wertvolle Gegenstände für das Kaiser-Friedrich-Museum und das Museum für Natur- und Heimatkunde. Das Vermächtnis wird mit Dank angenommen.

Die Erhöhung des städtischen Beitrags zur Ostpreußenhilfe der Provinz Sachsen für den Kreis Johannisburg um 24 163 Mark wird bewilligt.

Errichtung von Arbeiterwohnhäusern.

Die Vorlage des Magistrats über Errichtung von Arbeiterwohnhäusern zur Förderung der Entwicklung des Industriegeländes haben wir bereits mitgeteilt. Stadtv. **Brandes** (Soz.) erstattet Bericht. Er geht zunächst auf die Bedeutung der Kleinwohnungsfrage ein. Der Magistrat will bei dieser Vorlage nicht stehenbleiben, er plant, noch weiteres Gelände für den Bau von Kleinwohnungen aufzuschließen. Das Gelände, das durch die Vorlage zur Verfügung gestellt werden soll, liegt an der Rangierstation in der Nähe des Verschiebebahnhofs Rothensee. Redner begrüßt es, daß in der Vorlage gesagt wird, der Magistrat wolle versuchen, die Mithilfe von Baugenossenschaften für sein Projekt zu gewinnen. Das Privatkapital habe in der Kleinwohnungsfrage versagt, die Genossenschaften wirtschafteten billiger und zweckmäßiger. In der Vorlage kämen Anschauungen zum Ausdruck, die unsrer Zeit angepaßt seien.

Von den bürgerlichen Gruppen sprachen die Stadtverordneten **Gorgeß** und **Peyall**, beide zustimmend. Die Vorlage wird genehmigt.

Ueber die Eingabe des Magdeburger Lehrerinnen-Vereins vom 2. Januar 1917 betreffend Gewährung von Teuerungszulagen auch für die Lehrerinnen, deren Einkommen die Grenze von 3000 Mark überschritten hat, berichtete der Stadtverordnete Humbert. Er beantragt namens des Schulausschusses die Ablegung des Gegenstandes, da eine allgemeine Vorlage des Magistrats ähnlichen Inhalts zu erwarten wäre und Ueberweisung an den sogenannten Teuerungsausschuß, der wieder in Kraft gesetzt werden solle. Dem stimmt die Versammlung zu.

Gedenkhalle für die Gefallenen.

In den ersten Wochen des Weltkriegs wurde der Plan erst, für die hier verstorbenen Soldaten einen „Ehrenfriedhof" zu errichten. Die Ausdehnung und die Dauer des Krieges und noch andere Gründe haben dazu geführt, den Plan wieder fallen zu lassen und an Stelle des Ehrenfriedhofs eine Gedenkhalle zu errichten. Der Magistrat ersucht heute in einer Vorlage um Zustimmung dazu, daß auf Errichtung eines Ehrenfriedhofs verzichtet und dafür eine Gedenkhalle mit Anpflanzung geschaffen wird. Stadtv. **Haupt** (Soz.), der Berichterstatter ist, ersucht um Annahme der Vorlage. Er geht auf die Kritik der „Magdeburgischen Zeitung" ein, die den Ehrenfriedhof will und in der Gedenkhalle keine würdige Ehrung der Magdeburger Krieger sieht. Sie hält den jetzigen Militärfriedhof für unangemessen in seiner Lage und seiner Anlage, will neben dem Ehrenfriedhof auch noch einen andern Militärfriedhof. Genosse Haupt stellt dieser Preßäußerung gegenüber fest, daß man auf seiten der Militärverwaltung, sogar der Militärgeistlichkeit, den jetzigen Militärfriedhof für angemessen ansieht. Wenn in der „Magdeburgischen Zeitung" geschrieben wurde, die gefallenen Söhne Magdeburgs müßten in geweihter Erde ruhen, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß wir gar keinen Raum aufbringen könnten in all unsern Friedhöfen, wenn wir alle gefallenen Söhne Magdeburgs in geweihte, heimische Erde betten wollten. Es können bei uns nur die Soldaten beerdigt werden, die in der Garnison sterben. Die vielen, vielen Söhne Magdeburgs, die im fremden Lande von Granaten zerrissen, verschüttet werden oder einen andern grausamen Tod finden, können auch nicht in geweihter Erde der Heimat ruhen. Der Kreiskriegerverband ersucht heute in einer Eingabe auch um Errichtung des Ehrenfriedhofs. Dabei waren seine Vertreter in dem Ausschuß nach Anhören der Gründe auch für die Gedenkhalle. Die Stadt will unsern Helden ein durchaus würdiges Denkmal errichten, es ist eine namhafte Summe dafür in Anschlag gebracht. Ich bin der Meinung, die Ausführung eilt nicht, sie kann bis nach dem Kriege vertagt werden. Die meisten Künstler sind jetzt im Felde. Wenn sie wiederkommen mit den Erinnerungen an die Schrecknisse draußen werden sie am allerbesten Denkmäler gestalten können. Nach dem Kriege wird man auch sehr realpolitisch denken und handeln müssen. Den Krüppeln, Witwen und Waisen muß geholfen werden. Man wird zur Einsicht kommen müssen, daß es notwendiger ist, für die Lebenden Mittel aufzuwenden als für Gebilde aus Stein und Eisen. Vorher verlangen schon die Nöte der nächsten Kriegsmonate neue ungeheure Opfer. Dafür rühren und sorgen, muß die Losung sein.

Eine Besprechung findet nicht statt. Oberbürgermeister **Reimarus** macht eine kurze Bemerkung, die in der Richtung der Ausführungen Haupts liegt. Die Vorlage findet einstimmige Annahme.

Frauen in städtischen Deputationen.

Unsre Genossen haben den Antrag gestellt:

Die Stadtverordneten-Versammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit ihr in einem gemischten Ausschuß zu prüfen, in welche Deputationen und Kommissionen die Hinzuziehung weiblicher Mitglieder, sei es mit beschließender oder mit beratender Stimme, erwünscht ist.

Genosse **Brandes** führt zur Begründung aus: Die Eingabe der Frauenvereine, Frauen in städtische Kommissionen zu berufen, ist abgelehnt worden, damit kann aber nicht gesagt sein, daß der Ausschluß der Frauen von der Mitarbeit an städtischen Angelegenheiten richtig ist. Es wurde darauf hingewiesen, daß es nach der Städteordnung nur unzulässig ist, Frauen mit beschließender Stimme in städtische Deputationen zu wählen. Das ist richtig. Es läßt sich aber ohne Zweifel eine Form finden, die die Mitarbeit in städtischen Kommissionen ermöglicht. In andern Städten ist man schon damit vorangegangen. Es geht ohne weiteres, die Frauen mit beratender Stimme zuzuziehen, es wird auch gehen, ihnen beschließende Stimme zu geben. Mit der rechtlichen Seite der Frage beschäftigt sich das Preußische Abgeordnetenhaus. Wir sollten aber nicht so lange warten, bis dort eine Entscheidung gefallen ist. Der Krieg hat gezeigt, welche [illegible] Frauen für die Allgemeinheit zu leisten imstande sind. Wir sollten endlich mit dem alten Vorurteil aufräumen, daß nur Männer klug genug seien, allgemeine Fragen mit lösen zu helfen.

Stadtv. **Stern** will den Antrag einem gemischten Ausschuß überweisen. Wenn Frauen in städtische Deputationen mit beschließender Stimme gewählt würden, so sei das ungesetzlich. Stadtrat **Schedl** teilt mit, in welchem Umfang jetzt schon Frauen für städtische gemeinnützige Einrichtungen tätig seien. Es sprechen noch die Stadtv. **Streitstein**, **Michle** und **Peyall**. Die beiden letzteren für Ueberweisung an den Ausschuß. Sie erkennen den hohen Wert der Mitarbeit von Frauen im öffentlichen Leben an. Stadtv. Streitstein erklärt dagegen, daß die Frau ins Haus gehöre.

Brandes entgegnet dem Stadtv. Stern, daß in Gemeinden, die unter der gleichen Städteordnung wie Magdeburg stehen, Frauen stimmberechtigte Mitglieder städtischer Deputationen seien. Auf Grund dieser Tatsache halte er die Zuziehung stimmberechtigter Frauen auch in Magdeburg für möglich und wünschenswert [illegible].

Der Antrag wird einem Ausschuß überwiesen.

Keine Gleichberechtigung.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, daß in Zukunft bei der Besetzung der Mandate der unbesoldeten Magistratsmitglieder unterschiedslos alle Gruppen der Stadtverordneten-Versammlung entsprechend ihrer Stärke zu berücksichtigen sind.

Genosse **Wittmaack** begründet den Antrag. Man müßte meinen, nach den Erfahrungen des Krieges dürfte es gar nicht mehr nötig sein, solchen Antrag einzubringen. Es müßte als Selbstverständlichkeit angesehen werden, daß angesichts der unermeßlichen Opfer, die alle Volksschichten tragen, die politischen Rechte mit gleichen Maßen zugeteilt werden. Als im August 1914 sich das ganze Volk einmütig erhob, um das Vaterland zu verteidigen, da sagten hervorragende Mitglieder dieser Versammlung, niemals dürfte die alte Zurücksetzung der Arbeiterklasse wieder Platz greifen. Von dieser Stimmung ist nicht mehr viel zu bemerken. In der Verteidigung des Landes, im Schützengraben, in dem Ertragen der Kriegslasten gibt es keinen Unterschied, aber in der Verteilung politischer Rechte soll es Unterschiede geben. Der Bürgermeister Dr. Walli in Bergedorf bei Hamburg hat es als vaterlandsfeindlich bezeichnet, jetzt noch die alte erbitternde Zurücksetzung bestehen zu lassen. Es wird auf den Burgfrieden hingewiesen. Der Burgfriede sollte eingehalten werden bei öffentlichen Wahlen, um öffentliche Wahlkämpfe zu vermeiden. Hier ist keine öffentliche Wahl. Burgfriede kann nicht bedeuten Aufrechterhaltung alter Ungerechtigkeiten.

Stadtv. **Gebel**: Wir haben die Wünsche der äußersten Linken, im Magistrat vertreten zu sein, erfüllt durch die heutige Wahl eines ihrer Mitglieder zum unbesoldeten Stadtrat. Weiterem Verlangen nachzugeben, haben wir keine Veranlassung. Wir lehnen es ab, darüber noch zu sprechen. Die Sache ist für uns erledigt.

Stadtv. **Wittmaack** (Soz.) fragt die Rechte, wie sie ihren Standpunkt vertreten wolle der Oeffentlichkeit gegenüber und gegenüber den breiten Massen des Volkes, dem sie Gleichberechtigung vorenthalte. Welche Gründe sie vorzubringen vermöchte gegen den Eintritt von Sozialdemokraten in den Magistrat entsprechend der Stärke ihrer Fraktion.

Eine Erwiderung erfolgt nicht. Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt. Er erhält 15 Stimmen; außer den Sozialdemokraten stimmte die bürgerliche Linke für ihn.

Verteuerte Kräftigungsmittel.

Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag lautet:

Für die Lieferung von Milch, Haferflocken und andern Stärkungsmitteln an Kranke durch das städtische Lebensmittelamt ist ein ärztliches Attest erforderlich, dessen Kosten der Kranke zu tragen hat. Unbemittelte Kranke werden hierbei schwer geschädigt.

Die Stadtverordneten-Versammlung möge daher beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Prüfung der Anträge von Kranken auf Lieferung von Stärkungsmitteln durch das städtische Lebensmittelamt so zu organisieren, daß eine Schädigung unbemittelter Kranker unterbleibt.

Brandes (Soz.): Die Einrichtung, daß die vorgeschriebenen Atteste für den Bezug von Kräftigungsmitteln von den Antragstellern bezahlt werden müssen, ist eine Ursache mit der großen Mißstimmung, die jetzt in der minderbemittelten Bevölkerung herrscht. Durch das ärztliche Attest, das 2 und 3 Mark kostet, werden die Kräftigungsmittel gewaltig verteuert. Wenn einer 2 Pfund Haferflocken verschrieben bekommt und das Attest kostet ihm 3 Mark, dann muß er also etwa 4 Mark für 2 Pfund Haferflocken ausgeben. Sehr häufig kommt es vor, daß das gewünschte und durch ärztliches Attest als notwendig bezeichnete Kräftigungsmittel nicht einmal gewährt wird. Das Geld für das Attest ist dann ganz umsonst ausgegeben. Das Generalkommando hat sich der Sache schon angenommen. Es hat festgestellt, daß weder die Stadt noch die Krankenkassen zur Bezahlung der Atteste verpflichtet seien. Der Versuch bei den Aerzten, eine Ermäßigung der Gebühren herbeizuführen, sei gescheitert. Nach Meinung des Redners ist es ein unhaltbarer Zustand, daß Arbeiter, die in der Krankenkasse versichert sind,

Um die Beute.

Kriminalroman von Reinhold Ortmann.

(56. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Nun, dann darf ich Ihnen allerdings unbedenklich die ganze Wahrheit sagen. Dieser Herbert Lender war vor einigen Tagen bei mir, um mir ein abenteuerlich hohes Kaufgebot auf die japanische Vase zu machen, die ich von Ihrem Vater zum Geschenk erhielt. Er mußte sich, wie Sie begreifen werden, unverrichteterdinge entfernen. In dieser Nacht nun, nachdem ich durch den Ruf an ein nicht existierendes Krankenbett aus meiner Wohnung fortgelockt worden war, ist er wiedergekommen, um die Vase zu gewinnen. Auf dem Rückzug aber hat ihn das Verhängnis ereilt. Als ich nach meiner Heimkehr die Spuren des Diebes verfolgte, fand ich ihn — fand ich jenen Herbert Lender ohnmächtig im Garten. Ein Blutsturz, der bei seinem traurigen körperlichen Zustand ja früher oder später eintreten mußte, hatte ihn an der Vollendung seiner Flucht gehindert. Das war es, was ich Ihrem Vater verheimlichen zu müssen glaubte. Der Kranke liegt in meiner Wohnung, aber ich fürchte, er wird den morgigen Tag nicht überleben."

Martha hatte das Gesicht in den Händen verborgen. Aber als Ruthardt aufs neue den Versuch machte, ihr näherzutreten, hob sie den Kopf und sah ihm mit festem Blick in die Augen.

„Nun sollen Sie alles wissen, Herr Doktor — selbst auf die Gefahr hin, daß Sie mir dann auch den letzten Rest Ihrer Achtung entziehen. Nein, verwehren Sie es mir nicht. Sie vor allen andern Menschen haben ein Recht darauf, es zu erfahren."

Da er sah, daß sein Widerspruch sie kränken würde, ließ Ruthardt sie gewähren. Aber was er erfuhr, war durchaus nicht dazu angetan, sie um seine Achtung zu bringen. Denn wenn sie auch nicht mit klaren Worten eingestand, wieviel es ihr gekostet hatte, seinem Manne, an den sie sich mit unwandelbarem Herzen gebunden geglaubt, die Treue zu halten, so hätte er doch nicht der [illegible] des Liebenden haben müssen, um es nicht als ein beglückendes Geheimnis [illegible] zu vernehmen.

Ueber der beseligenden Gewißheit, von ihr geliebt zu sein, vergaß er alles andre, er vergaß, daß das angebetete Mädchen vielleicht morgen dem häßlichen Gerede aller bösen Zungen preisgegeben sein würde, er vergaß den Sterbenden in seinem Haus und den Kranken im Nebenzimmer — sein junges Blut wallte auf wie in jauchzendem Frohlocken über die Erfüllung einer aus dem Grabe erstandenen Hoffnung.

Ohne viele Erklärungen und Worte schloß er die wiedergewonnene Geliebte in seine Arme.

„Nun bist Du mein — mein! Und den möchte ich sehen, der Dich mir wieder entreißt!"

— — — — — —

In der Abenddämmerung des folgenden Tages schloß Paul Grevenberg die Augen zum letzten Schlummer. Er hatte am Morgen den Wunsch ausgesprochen, einen Geistlichen zu sehen, und diesem, der bereitwillig dem Rufe gefolgt war, hatte er die ganze Geschichte seiner Verfehlung gebeichtet.

Mit dem falschen Namen, den er sich an jenem Konzertabend aus bloßer Großmannssucht dem Oberstleutnant gegenüber beigelegt, hatte es begonnen. Nach seinen früheren Erfahrungen hatte er zwar nicht mehr gewagt, sich für einen Kriminalbeamten auszugeben, aber er hatte den Namen eines Spiel- und Jugendgefährten gewählt, von dem er wußte, daß er einer der angesehensten Bremer Patrizierfamilien angehörte, und daß er sich seit Jahren in fernen Erdteilen befand. Von den einstigen Beziehungen des Oberstleutnants zu jener Familie hatte er natürlich nichts gewußt; da er aber zu feige gewesen war, seine törichte Prahlerei einzugestehen, war er Schritt für Schritt weitergedrängt worden auf dem Wege der Lüge, bis er sich eines Tages, fast ohne zu wissen, wie es geschehen war, auf dem Wege des Verbrechens befunden hatte.

Im Angesicht des Todes erklärte er feierlich, daß Marthas Güte wohl den letzten Anstoß zu dem von ihm begangenen Diebstahl gewesen sei, daß er sich aber mit diesem verwegenen Plane schon seit langem getragen und ihn sicherlich auch ohne seine Bekanntschaft mit der von der Heyde früher oder später zur Ausführung gebracht hätte. Der Gedanke, seine Beute in der japanischen Vase des Oberstleutnants zu verstecken, sei lediglich eine Eingebung des Augenblicks gewesen. Da niemand seine Beziehungen zu dem alten Herrn kannte, und da dieser niemals auf den Gedanken verfallen würde, der vermeintliche Bremer Patriziersohn könnte identisch sein mit dem Bankdieb Paul Grevenberg, von dem er vielleicht in den Zeitungen las, so könnte das gestohlene Gut in der Tat kaum irgendwo besser und sicherer aufgehoben sein als unter der Obhut des ehemaligen Offiziers, der nicht ahnte, welchen Schatz er in seinem Arbeitszimmer verwahrte. —

Das Bankhaus Henning war natürlich sofort telegraphisch von dem Vorgefallenen benachrichtigt worden, und noch an demselben Abend traf einer der Teilhaber in Liebenfelde ein. Er hatte eine längere Unterredung mit Doktor Ruthardt und mit dem Geistlichen, der Grevenbergs Geständnisse entgegengenommen, ehe er sich in Begleitung des Arztes zu der Villa des Oberstleutnants hinauf begab.

Was er dort mit Herrn von der Heyde gesprochen, wurde in der Oeffentlichkeit nie bekannt, wie es überhaupt nur ganz dunkle und unbestimmte Gerüchte waren, die aus Anlaß des geheimnisvollen Todesfalls in Doktor Ruthardts Haus eine Zeitlang das Städtchen durchschwirrten. Die guten Einwohner von Liebenfelde mochten endlich dahinter kommen, daß sie die Wahrheit doch nicht ergründen würden, und als an demselben Tage, wo er — einige Monate nach Grevenbergs Tode — dem bestohlenen Bankhaus die letzte Rate der von dem Dieb empfangenen dreißigtausend Mark zurückgezahlt, der Oberstleutnant von der Heyde die Verlobung seiner Tochter Martha mit dem praktischen Arzt Doktor Georg Ruthardt im Wochenblatt bekanntmachte, da erinnerte sich kaum noch jemand an die geheimnisvollen Vorgänge, über die man sich ein paar Wochen die Köpfe zerbrochen hatte. —

Auch Bruno Hartmann, dem das Bankhaus Henning & Ko. ohne eigentliche Verpflichtung die ihm für die Herbeischaffung des gestohlenen Geldes ausgesetzte Belohnung gezahlt hatte, war mit Vergnügen auf die ihm dafür auferlegte Bedingung der Verschwiegenheit eingegangen, und weder der nach seiner Entlassung aus dem Brandensteiner Kreiskrankenhaus langsam hinsiechende Heinrich Wendriner noch seine Tochter, die einige Monate später als Erzieherin nach Südamerika gegangen war, hatten eine Veranlassung, der Welt die Geschichte des für sie so unglücklich ausgegangenen Kampfes um die Beute zu erzählen.

Ende.

ein ärztliches Attest, das zur Erhaltung oder Herstellung der Gesundheit als notwendig erachtet wird, selbst bezahlen müssen. Es müßte dafür gesorgt werden, daß die Atteste unentgeltlich zu erreichen sind.

Professor **Landsberg** erklärt, daß zur Verabreichung von Vollmilch an Erwachsene ein ärztliches Attest laut Bundesratsverordnung notwendig ist. Die Stadt kann hier nichts ändern. Stadtv. Brandes hätte sich auch weniger gegen die Stadt als gegen die Krankenkassen gewendet. Die Unentgeltlichkeit der Atteste würde die Zahl der Anträge außerordentlich steigern. Jetzt schon laufen täglich über 200 ein. Die Aerzte hätten sich bereit erklärt, die Gebühren so niedrig wie möglich festzusetzen.

Stadtv. **Hanke** ist für den Antrag unsrer Genossen. Er will die Gültigkeitsdauer der Atteste verlängert wissen. In der Gewährung von Kräftigungsmitteln sollte nicht gekargt werden.

Oberbürgermeister **Reimarus** macht den Vorschlag, den Antrag dem Lebensmittelausschuß zu überweisen. Diesen Vorschlag unterstützt Stadtv.-Vorst. **Baensch**. In seinem Schlußwort bestreitet Genosse **Brandes**, daß seine Kritik gegen die Krankenkassen gerichtet war, er habe sich vielmehr gegen das Verhalten der Aerzte gewendet.

Der Antrag wird dem Lebensmittelausschuß überwiesen, in den für die Beratung dieser einen Sache Genosse Brandes entsandt wird. Der Anregung, in den Lebensmittelausschuß für diese Vorlage auch zwei Aerzte mit zu wählen, wird ebenfalls stattgegeben.

Der Hausbesitzer-Verband ersucht um Abhilfe der Mißstände in der Müll- und Ascheabfuhr. Stadtv. **Stark** begründet die Eingabe; Stadtrat **Schrehl** schilderte die gegenwärtigen Schwierigkeiten, die auf Arbeitermangel und Mangel an Gespannen zurückzuführen sind. Die Militärverwaltung hat Hilfe gewährt. Es sollen weitere Maßnahmen, soweit es irgend möglich ist, durchgeführt werden. —

Aus der Parteibewegung.

Eine Erinnerung.

Vor 25 Jahren — am 26. Januar 1892 — wurde der Parteigenosse und Redakteur **Peus** aus Dessau, der jetzige Reichstagsabgeordnete, vom Berliner Landgericht wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt. Den Tatbestand des Vergehens erblickte das Urteil darin, daß Peus in einem öffentlichen Vortrag den Militarismus beklagte. Ein zweites Strafverfahren, das in Magdeburg anhängig war, legte dem sozialdemokratischen Agitator eine Majestätsbeleidigung zur Last. Deshalb brachte man den Genossen Peus unter Bedeckung wieder ins Gefängnis zurück, aus welchem er nach Berlin transportiert worden war. Mitte Februar wurde Peus dann als angeblicher Majestätsbeleidiger dem Magdeburger Gerichtshof zur Aburteilung vorgeführt und zu einer drakonischen Strafe verurteilt: zwei Jahre zwei Monate Gefängnis! Hatte diese Verurteilung schon durch die Höhe der Strafe damals in der deutschen Presse großes Aufsehen erregt, so waren noch die begleitenden Erscheinungen so tragisch geartet, daß der „Fall Peus" einige Zeit hindurch die Oeffentlichkeit beschäftigte. In der „Frankfurter Zeitung" war Anfang Februar zu lesen:

> Der hier wegen Majestätsbeleidigung verhaftete sozialdemokratische Redakteur Peus aus Dessau wurde zu einem kürzlich in Berlin stattgehabten Termin gefesselt transportiert, außerdem gestattete man ihm anfangs nicht, sich geistig zu beschäftigen, eingesandte Zeitungen und Broschüren wurden ihm nicht ausgeliefert. Erst nach energischem Einschreiten des Verteidigers, Rechtsanwalt Stadthagen in Berlin, wurde Peus Selbstbeschäftigung gestattet. Aber in den letzten Tagen noch ereignete sich ein schlimmer Fall. Man enthielt ihm Papier zum Schreiben an seine, infolge einer Entbindung schwer erkrankte Frau vor und ließ Peus in der für einen empfindenden Menschen qualvollsten Situation, bis sich schließlich durch Eintreten des Todes von Frau Peus das Schreiben von selbst erübrigte.

Frau Peus starb im Dessauer Krankenhaus; sie hatte wiederholt Gesuche an die Staatsanwaltschaft gerichtet und zuletzt jede Kaution angeboten unter dem Hinweis auf die bevorstehende schwere Stunde. Vergebens! Unter außerordentlicher Beteiligung der Bevölkerung ging die Beerdigung vor sich. Die Polizei umstellte das Grab, um jede Demonstration zu verhindern. Genosse Peus war gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt worden, um mit seinen Kindern an das Grab treten zu können.

Als Nachfolger des Genossen Peus in der Redaktion des „Volksblatt für Anhalt" war Edgar Steiger eingetreten. Weil dieser aber ein geborner Schweizer ist, bekam er die Ausweisung aus dem anhaltigen Staatsgebiet und kehrte nach der Schweiz zurück.
zg-

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Wolmirstedt, 26. Januar. (Der Fuchs als Dieb.) Auf einer in der Nähe gelegenen Domäne wurden fortgesetzt Hühnerdiebstähle ausgeführt, ohne daß es gelang, den Dieb zu fassen. Trotz der Aufsicht wurden täglich Hühner vermißt, bis 90 Stück verschwunden waren. In den bei der Domäne stehenden Tannen fand man gelegentlich Federn, und schließlich machte man die Entdeckung, daß ein Fuchs sich auf diesem Wege reichlich mit Nahrung versorgt hatte. —

Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 26. Januar. (Neue Fleischkarten.) Die für die Zeit vom 22. Januar bis zum 18. Februar gültigen Fleischkarten sind mit den dazugehörigen Umschlägen am Freitag, nachmittags von 1 bis 6 Uhr von den Bezugsberechtigten in den in Frage kommenden Fleischkartenausgabestellen in Empfang zu nehmen. Es wird nur gegen Vorlegung der neuen Fleischkarte an den Verkaufstagen Fleisch abgegeben. —

— (Kriegsküche.) Die Ausgabe der Wochenkarten zur Entnahme von Speisen aus der Kriegsküche findet künftig Donnerstags und Freitags vormittags von 8 bis 1 und nachmittags von 3 bis 6 Uhr und Sonnabends vormittags von 8 bis 1 Uhr im städtischen Lebensmittelamt, Breiter Weg 69, statt. Bei Neueinlösung sind die Stammkarten vorzulegen. —

— (Mehr streuen bei Glätte) ist unbedingt Pflicht der Hauswirte oder deren Beauftragten. In letzter Zeit ist das recht mangelhaft ausgeführt worden, so daß man sehr oft beobachten konnte, wie Erwachsene und Kinder durch diese Unterlassung zu Falle kamen. Nicht immer geht dies harmlos ab und kann für die Beteiligten recht nachteilige Folgen haben. —

Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Halberstadt, 26. Januar. (Gemüsebau in Gärten.) Im abgelaufenen Jahre ist es der Stadtverwaltung gelungen, den Bedarf der Bevölkerung an Gemüse zu decken. Vorübergehende **Knappheit** war nicht immer zu verhindern, auch waren die Preise vielfach recht hoch. Es hat sich gezeigt, daß diejenigen, die den Rat der Stadt befolgten und jedes Fleckchen Garten mit Gemüse bepflanzten, das teilweise Fehlen und die hohen Preise nicht empfanden. Es ist somit angebracht, daß im kommenden Frühjahr, wo nur irgend möglich, der Gemüsebau noch weiter ausgedehnt wird. Wir haben in unserer Stadt eine Reihe Einwohner, die Besitzer großer Zier- und Lustgärten sind, sich aber anscheinend nicht von den Rasenplätzen und Blumenbeeten **trennen können. Hier wäre es angebracht**, wenn nicht selbst so viel Einsicht vorhanden ist, daß die Stadt Zwangsmaßnahmen zum Anbau von Gemüse in solchen Gärten ergreift. Die Stadt ist bereit den Ankauf des geernteten Gemüses zu den festgesetzten Höchstpreisen oder, wo solche nicht bestehen, zum Marktpreis gern vorzunehmen. Nicht dringend genug kann auf den Anbau von Frühkartoffeln hingewiesen werden. —

— (**Die Annahmestelle**) für getragene Kleidungsstücke und Schuhwaren ist jeden Dienstag und Freitag vormittags von 9 bis 12 Uhr geöffnet. Die Sachen werden auf Wunsch auch aus den Wohnungen abgeholt. —

— (Abgabe der Kartoffeln.) Diejenigen Personen, die vor dem 15. April Halberstadt endgültig verlassen und Kartoffelvorräte besitzen, sind gehalten, diese Vorräte vorher abzuliefern und zu diesem Zwecke rechtzeitig im Lebensmittelamt mündlich oder schriftlich entsprechende Mitteilung zu machen. Erforderlichenfalls werden die Kartoffeln durch Beauftragte der Stadt abgeholt. —

— (Schlachthof-Freibank.) Am Sonnabend von 9 bis 1 Uhr erfolgt Fleischabgabe für die Nummern 2201 bis 2350. Für jedes Pfund Fleisch ist **eine Fleischmarke** gleich zehn Anteile abzugeben. —

— (Aenderungen an Lebensmittelmarken) brachten dem 61jährigen M. A. 3 Tage Gefängnis ein. Er hatte auf seinen Buttermarken die verfallenen Nummern wegradiert und sie durch andre ersetzt um so die Marken gültig zu machen. Das Landgericht, das die Frage zu prüfen hatte, ob nicht Urkundenfälschung und Betrugsversuch vorliege und so das Schwurgericht zuständig sei, verneinte das und kam zu obigem Urteil. —

Oschersleben, 26. Januar. (Andre des Diebstahls bezichtigt.) Vor dem Landgericht Halberstadt mußte sich die Handelsfrau Marie **Heyer** von hier wegen mehrerer Diebstähle verantworten. Sie hatte sich bei ihren Lieferungen von Butter und Eiern in den Geschäften umgesehen und die Gelegenheit erspäht, Schuhwaren verschwinden zu lassen. Sie konnte ihr Tun um so leichter fortsetzen, da sie die Verkäuferinnen auf kaufende Polenmädchen aufmerksam machte, die nach ihrer Meinung gern stehlen. Beim Stehlen von einem Paar Stiefel wurde sie abgefaßt. Eine Haussuchung bei ihr förderte eine Anzahl Herren-, Damen- und Kinderstiefel zutage. Vom Schöffengericht war sie zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden, wogegen sie Berufung eingelegt hatte. Das Gericht wies die Berufung zurück. —

Wahlkreis Kalbe-Aschersleben.

Aschersleben, 26. Januar. (Sparsamkeit in der Verwendung von Gas und Strom.) Da die Kohlenlieferung immer noch eine unzureichende ist, wird ersucht, die Benutzung der Koch- und Heizeinrichtungen auf das **allernotwendigste** zu beschränken. Es soll damit vermieden werden, eine zwangsweise Einschränkung der Gasabgabe herbeizuführen. —

— (Der Ehrenfriedhof.) Von verstorbenen Kriegern, die auf dem Ehrenfriedhof begraben sind, sollen deren Angehörige Vor- und Zunamen, Geburts- und Sterbejahr sowie die Waffengattung, der der Verstorbene angehört hat, auf Zimmer 31 des Rathauses schriftlich bekanntgeben. —

— (Von dem Geldschrankdiebstahl) ist noch zu berichten, daß die beiden Täter, Grünberg und Walther, geständig sind und auch den dritten Täter genannt haben. Bei den Dieben wurden 1700 Mark, die Spezialmünzen und ein großer Teil der Oelsardinen vorgefunden. Walther hat an seine in Mariendorf bei Berlin wohnende Ehefrau 1900 Mark gesandt, die ebenfalls noch beschlagnahmt werden konnten. —

Kalbe, 26. Januar. (Die Volksschulen) sind auf unbestimmte Zeit geschlossen wegen Behinderung der Kohlenzufuhr, die durch das Treibeis hervorgerufen wurde. Die bestellte und auf dem Transport befindliche Kahnladung Kohlen konnte nicht hereingebracht werden. —

Quedlinburg, 26. Januar. (Einen jähen Schreck) erlitten die Bewohner des Hauses Ballstraße 22. Mit einem furchtbaren Knall platzten die Fensterscheiben, eine dicke Rauchwolke strömte zum Fenster hinaus. Die Ursache war eine verschraubte Wärmflasche, die im Ofen stand, überhitzt und gesprungen war. Mit dem Schrecken sind die Beteiligten davongekommen. —

Staßfurt, 26. Januar. (Hausschlachtungen.) In der Stadt ist das Gerücht verbreitet, daß die Genehmigung zu Hausschlachtungen beim Landrat nachgesucht werden müsse. Das Gerücht ist irrig. Die soeben veröffentlichte Verordnung des Kreisausschusses vom 21. Januar über Fleischversorgung besagt ausdrücklich, daß die Genehmigung zur Hausschlachtung beim Gemeindevorstand nachzusuchen ist. Ebenso irrig ist das Gerücht, daß Hausschlachtungen überhaupt nicht mehr zugelassen werden. —

Thale, 26. Januar. (Entdeckte Diebstähle.) Schon seit längerer Zeit sind in Blankenburg Ladendiebstähle verübt worden, ohne daß die Täter ermittelt werden konnten. Jetzt ist die Polizei den Diebinnen auf die Spur gekommen. Es sind zwei Frauen aus Timmenrode. Bei den polizeilichen Nachforschungen fand man in ihren Wohnungen ein kleines Warenlager der verschiedensten Gegenstände, wie Stoffe, Rucksäcke, Hosenträger, Bohnenschneidemaschinen u. a. m. Die beiden Frauen waren auf ihren Beutezügen stets mit großen Umhängen bekleidet, unter die sie die gestohlenen Sachen haben verschwinden lassen.

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 26. Januar. (Tödlich verunglückt) ist im Dienste der 44 Jahre alte Eisenbahnschaffner Hermann **Franke** von hier. Der Verunglückte wurde auf der Station Lehrte von einem durchgehenden Schnellzug erfaßt und sofort getötet. —

Tangermünde, 26. Januar. (Der beantragte Abbruch der Kleinbahn Tangermünde—Lüderitz) hat die städtischen Körperschaften noch einmal in gemeinsamer Sitzung beschäftigt. In der Versammlung der Kleinbahngesellschaft am 11. d. M. war der Antrag wegen des Abbruchs bekanntlich abgelehnt worden, da der Vertreter von Tangermünde, dessen Abstimmung ausschlaggebend war, auftragsgemäß gegen ihn stimmte. Die in der Versammlung gehörte Begründung des Antrags ließ es nicht unmöglich erscheinen, daß bei einer neuen Beschlußfassung auch Tangermünde nunmehr dem Abbruch zustimmen würde. Die städtischen Körperschaften wollen aber die Kleinbahn im Interesse der Stadt **nicht missen**, sie haben ihren Standpunkt beibehalten und stimmten in ihrer letzten Sitzung mit großer Mehrheit **für die Ablehnung** des Antrags betreffend Abbruch der Kleinbahn. Ob es nun doch, wie es in der Versammlung der Kleinbahngesellschaft von einem Staatsbeamten in Aussicht gestellt wurde, zur **Enteignung** kommen wird, muß abgewartet werden. —

— (Eine Diebsgesellschaft ermittelt.) Die hier und in der Umgegend in letzter Zeit vorgekommenen Einbrüche deuteten darauf hin, daß es sich um Bandendiebstähle handelt, die von Tangermünde ausgingen. Als der Einbrüche stark verdächtig bzw. überführt wurden festgenommen der Kranführer Sommerfeld und dessen Ehefrau, der Arbeiter Karl Hinze, der Schiffer Karl Schütze, der Schuhmacher Anton Pertz. In den Behausungen der Verhafteten wurden mehrere Treibriemen, Wäsche, Betten, Fleisch, Schinken, Wurst, Köpfe und Füße von Geflügel, Handwerkszeug usw., alles anscheinend von Diebstählen herrührend, beschlagnahmt und nach dem Stadthaus geschafft. —

Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen.

Klötze, 26. Januar. (Pferd und Schlitten gestohlen.) Einem Landwirt von hier wurden in Köbbelitz bei einem Gastwirt Pferd und Schlitten gestohlen. Das Gefährt hatte er auf dem Hofe des Gastwirts untergestellt, von wo es entführt wurde. —

Kleine Chronik.

Die hereingefallenen Kriegsgewinner.

Im „Vorwärts" finden wir folgende Randbemerkungen zum Fall Kupfer:

Seltsam, es passieren jetzt viele Verbrechen, bei denen man zwar mit den Tätern keinerlei Sympathien hat, aber die geschornen Opfer gleichwohl nicht im mindesten bemitleidet. Einem Hamster werden die sorgsam aufgespeicherten Vorräte von einem nächtlichen Dieb entführt, — wir schmunzeln nur. Leute, die gern vor andern ein paar Pfund Butter voraus hätten, fallen Butterschwindlern zum Opfer — ihre Tränen rühren uns nicht. Ein Lebensmittelwucherer wird von einem noch Schlauern gerupft — es klingt fast nach Gerechtigkeit.

Am allerwenigsten Mitleid empfinden wir mit den Opfern der Frau Martha Kupfer, die würdig wäre, die deutsche Madame Humbert zu heißen. Sie hat zwar nicht ganz so viel errafft wie ihre französische Geistesverwandte — immerhin sind 2¾ Millionen auch kein Pappenstiel —, aber sie hat dafür auch weniger Zeit und Mittel gebraucht. Madame Humbert schaffte sich einen großen eisernen Kasten an und verbreitete die Mär von der Millionenerbschaft, die darin ruhte (in Wirklichkeit waren es ein paar alte Knöpfe). Und die Dummen, die ihr daraufhin unbegrenzten Kredit gewährten, fanden sich massenweise.

Frau Kupfer verfuhr zeitgemäß. Sie verkündete: „Hier sind Kriegsgewinne zu machen!" Ihr „eiserner Kasten" war ein gefälschter Notariatsvertrag, auf dem klangvolle Namen als ihre Geldgeber figurierten. Und siehe da: Scharenweise drängten sich die Leute, die Kriegsgewinne einstreichen wollten. Mehr als 10 000 000 Mark passierten in kürzester Zeit die Hände der geschäftskundigen Dame. Die „Kriegsgewinne", die Frau Kupfer austeilte, waren freilich noch einfacher erworben, als die auf „rechtlichem" Wege verdienten. Die Einlagen der später Kommenden mußten dazu herhalten, die Ansprüche der Ersteinleger zu befriedigen. Und da immer neue Geldgeber Frau Kupfer ihre Kapitalien fast aufdrängten, so ging das eine ganze Zeit. Man wundert sich fast, daß es überhaupt so bald zum Klappen kam. Die Geber der letzten Millionen haben nun das Nachsehen. —

Eine außergewöhnliche Leistung.

Als ein Beleg für die Lebenskraft deutscher Theater im dritten Kriegswinter verdient verzeichnet zu werden, daß das Ensemble einer **Berliner** Bühne, nämlich des Deutschen Theaters, am Sonntag den 14. Januar nicht weniger als elf vollständige Aufführungen veranstaltet hat. Im Deutschen Theater in Berlin wurden nachmittags und abends „Hamlet" und „Figaros Hochzeit" gegeben, in den Kammerspielen „Minna von Barnhelm" und „Armut", in der Volksbühne „Fuhrmann Henschel" und „Die Ratten", im Wintergarten zwei Vorstellungen der „Grünen Flöte". Am gleichen Tage spielte das Deutsche Theater beim Gastspiel in Zürich, auch nachmittags und abends „Was ihr wollt", während ein andrer Teil des in der Schweiz gastierenden Ensembles im St. Gallner Stadttheater Strindbergs „Totentanz" gab. Also elf Vorstellungen an einem Tage, das ist jedenfalls für eine einzelne Bühne ein Rekord. —

Eisenbahn-Unglück.

Am Donnerstag riß bei Düsseldorf auf der Bergfahrt nach Hochdahl ein Güterzug wenige Wagen hinter der Zuglokomotive durch. Die abgerissenen Wagen mit der Schiebelokomotive liefen nach Erkrath zurück und stießen dort mit großer Gewalt auf einen Prellbock. Hierbei wurden der Lokomotivführer **Huhnen** aus Hochdahl und der Hilfsschaffner **Bühlmeyer** aus Derendorf **getötet**, die Schiebelokomotive und eine Anzahl Güterwagen zertrümmert. Zwischen Düsseldorf, Gerresheim und Erkrath wird der Verkehr eingleisig aufrechterhalten. —

Vereins-Kalender.

Turnverein Fichte (A.-T.). Abt. Neue Neustadt. Sonntag den 28. Januar Versammlung im Genossenschaftszimmer. 368

Briefkasten.

Z. Z. Ein Sanitäts-Unteroffizier kann auch zu anderm Dienste herangezogen werden. —

K. K. Besten Dank für Mitteilung. —

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

					Fell	Wuchs
Moldau, Iser und Eger.						
Budweis	24. Jan.	—	25. Jan.	— 0,22	—	—
Prag	"	—	"	+ 0,04	—	—
Jungbunzlau	"	—	"	+ 0,05	—	—
Laun	"	—	"	+ 0,67	—	—
Elbe.						
Pardubitz	24. Jan.	—	25. Jan.	— 0,42	—	—
Brandeis	"	—	"	+ 0,86	—	—
Melnik	"	—	"	— 0,10	—	—
Leitmeritz	25. "	+ 0,02	26. "	— 0,02	0,04	—
Aussig	"	—	"	—	—	—
Dresden	"	— 1,50	"	— 1,65	0,15	—
Torgau	"	+ 1,20	"	+ 0,66	0,54	—
Wittenberg	"	+ 2,42	"	+ 2,22	0,20	—
Roßlau	"	+ 1,78	"	+ 1,57	0,21	—
Aken	24. "	+ 2,19	25. "	+ 1,97	0,22	—
Barby	25. "	— 2,04	26. "	+ 1,91	0,13	—
Magdeburg	"	+ 1,60	"	+ 1,50	0,10	—
Tangermünde	"	+ 2,89	"	+ 2,74	0,15	—
Wittenberge	"	+ 2,89	"	+ 2,76	0,13	—
Lenzen	24. "	+ 3,34	25. "	—	—	—
Dömitz	"	+ 2,82	"	+ 2,67	0,15	—
Darchau	"	—	"	—	—	—
Boizenburg	"	+ 2,90	"	+ 2,78	0,12	—
Hohnstorf	25. "	+ 2,82	26. "	+ 2,67	0,15	—

In Dresden, Torgau, Wittenberg, Roßlau, Aken, Barby, Magdeburg, Tangermünde, Wittenberge, Lenzen und Dömitz Treibeis. In Bernburg Unterpegel Eisstand. —

Wettervorhersage.

Sonnabend den 27. Januar: Weitere Schneefälle, etwas gelinder.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 25. Januar. Todesfälle: Witwe Emma Körtge geb. Schreiber, 78 J. 8 M. 24 T. Rentnerin Ida Otheiser ledig, 76 J. 10 M. 26 T. Arbeiter-Invalide Julius Illig, 74 J. 3 T. Witwe Henriette Dohmeyer geb. Voigt, 94 J. 6 M. 27 T. Witwe Wilhelmine Buchmann geb. Meier, 85 J. 2 M. 20 T. Professor an den Maschinenbauschulen Walter Woltrom, 67 J. 2 M. 26 T. Arbeiter Eduard Kuske, 65 J. 2 M. 20 T.

Sudenburg, 25. Januar. Todesfälle: Landsturmmann Buchbinder Walter Pich im Infanterie-Regiment Nr. 360, 26 J. 1 M. 7 T. Werner, S. des Arbeiters Emil Grzeck, 5 J. 1 T. Rudi, S. des Bäckermeisters (Soldat) Karl Ernst, 5 J. 9 M. 29 T. Elli, T. des Arbeiters Gustav Barby, 2 J. 9 M. 11 T. Arbeiter Szczegan Fabistak, 57 J. 1 M. 1 T. Arbeiter Karl Am Ende, 64 J. 25 T.

Buckau, 25. Januar. Todesfall: Dreher Robert Hochbaum, 66 J. 9 M. 8 T.

Neustadt, 24. Januar. Todesfälle: Ehefrau des Privatmanns Wilhelm Behne, Therese geb. Geier, 62 J. Klempnermeister August Scharnoth, 63 J. Arbeiter Heinrich Wagner, 66 J. Ehefrau des Böttchers Gottfried Seeger, Marie geb. Meißner, 56 J. Privatmann Karl Kohl, 82 J. Pionier Schiffer Fritz Kirchhoff, 18 J.

Cracau, 25. Januar. Todesfall: Anstaltspflegling Friedrich Höddels, 17 J.

ZENTRAL-THEATER

Sonnabend
Zum letztenmal!

Drei arme Teufel 280

Sonntag
3¼ und 7¼ Uhr

Das Fräulein vom Amt.

Stadt-Theater.

Sonnabend den 27. Januar
1. Abend. Weiße Karten.
Erstaufführung!

Andreas Hofer
der Sandwirt von Passeier.
Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Sonntag den 28. Januar, Anfang 3 Uhr, volkstümliche Vorstellung zu kleinen Preisen

Nora.
Anfang 7 Uhr
Mona Lisa.

Wilhelm-Theater.

Sonnabend den 27. Januar
Festvorstellung anläßlich des Geburtstags Sr. Majestät Kaiser Wilhelms 2.

Ohne Männer geht es nicht.

Vorher Prolog, gesprochen von Direktor H. Norbert.

Sonntag den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr

Auf Flügeln des Gesanges.
Abends 7 Uhr
Ohne Männer geht es nicht.

Montag den 29. Januar, 7 Uhr
Benefiz Matthies Meyers

Der tapfere Soldat.

Walhalla THEATER

Heute Sonnabend 7¼ Uhr
am Geburtst. S. M. des Kaisers
Festprolog
und das unvergleichliche Familien-Programm
Auswanderer
ein Bild aus dem Leben der Deutschamerikaner v. G. Kluck

Der Pikkolo vom Zentralhotel
Burl. m. Gesang v. Gustav Kluck.
Freemas, künstliche Menschen
Kuitowski, Komiker
4 Jahreszeit., Charakterstud.
3 Ernestos, Trapezkünstl. usw.

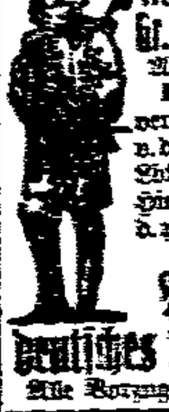
Im Parterresaal hat Militär freien Eintritt.
Großes Konzert- und Spezialität.-Programm
Prolog, Festrede.

Stephanshallen

Inhaber **Rich. Froberz**

Täglich abends 7 Uhr:
Konzert und Spezialitäten-Vorstellung
Auftreten von nur erstklassigen Künstlern
Familien-Programm.

Müller-Liparis beliebtes
Fürstenhoftheater
(Eing. Prälatenstr.)



Heute Sonnabend
Gr. Festvorstellung
Anfang 1/28 Uhr
Festprolog
verfaßt u. gesprochen v. d. beliebt. jugendl. Lhd. Karl Matthies
Hierauf Auf. 8 Uhr
d. pat. vaterl. Stück in 5 Akten 256
Paula, ein deutsches Frauenherz
Alle Vorzugskarten gelten.

Kasino-Theater
A. Reihaus.

Täglich abends 7 Uhr
Gr. Burlesken- u. Possenaufführ.
Außerdem **Karl Weger,** der urkomische Musical-Clown, etwas für Lacher!
Kabarett bis 11 Uhr geöffnet.

Palast-Theater Burg

Von morgen Sonnabend bis inkl. Dienstag:

Das große Meisterwerk, das an Tiefen und Feinheiten glänzende Bilder zeichnende Schauspiel, wie es nur ein Künstlerhirn ersinnen und ein Künstlerauge erschauen kann:

Homunculus

eine Kunst-Tragödie in 6 Abteilungen und 24 Akten. — Von morgen Sonnabend ab: 1. Abteilung — zirka 2000 Meter. Die geniale Darstellung vom Rob. Reinerts glänzendem Roman.

In der Hauptrolle **Olaf Fönß** der bekannte Darsteller des Homunculus: [illegible]

Wer ist Homunculus? So fragt einer den anderen. Jeder will natürlich etwas wissen, aber keiner weiß etwas.

Homunculus ist die hervorragendste Schöpfung der Kinematographie. Jedermann muß den Film kennen und muß Homunculus gesehen haben.

Homunculus ist die Erfindung eines künstlichen Menschen, die Entdeckung des geheimnisvollen [illegible], aus dem das Leben [illegible]. Eine gewaltige Darstellung des Künstlers Olaf Fönß, die überwältigend wirkt. Eine Erzählung voller [illegible] Spannung und voller [illegible] [illegible], die alles in Staunen legt.

Nur in der [illegible] kann diese [illegible] [illegible] Arbeit der Filmliteratur gewonnen werden. In [illegible] Szene steigt die Homunculus-Trilogie immer und erreicht eine gewaltige Höhe, von der ein [illegible] [illegible] Eindruck ausgegangen wird.

Sonntag nachmittag: Gr. Jugendvorstellung
mit einem großartigen Programm.

3512 Die Leitung. Otto Wohlfarth.

In **Frühmanns Etagen-Geschäft**
finden Sie große Auswahl in neuen und wenig getragenen 3314
Maß-Garderoben
für jeden Herrn passend
87 I Breiteweg 87 I

Sprechmaschinen, Schallplatten, Uhren, 3474
Rasierapparate, Taschen-Lampen, Batterien Stück 80 ₰
kaufen Sie gut bei
H. W. Prell,
Schwibbogen 2. — Alle Platten nehme bis 50 ₰ in Zahlung.

Aus meiner Kriegszeit

Gedichte von Karl Bröger
30 Pfennig empfiehlt 30 Pfennig
Buchhandlung Volksstimme

Arbeitsmarkt

Zur Veröffentlichung von Arbeiter- und Personalgesuchen aller Art ist die „Volksstimme" hervorragend geeignet, weil sie in den Kreisen der werktätigen Bevölkerung besonders stark verbreitet ist.

Kräftige
Arbeiterinnen
für Sortierung u. Lager stellt bei hohem Lohn ein
Kunstwollfabrik
L. Haas
Königsberger Str. 17a

Einen Kutscher
sucht: 3524
Buckauer Brauerei
Feldstraße 14/15.

Einige tüchtige Dreher und Schlosser
gegen guten Lohn und dauernde Akkordarbeit gesucht. 3522
Ferdinand Altenburg
Am Fuchsberg 5.

Möbeltischler stellen ein
Schmidt, Lübke & Co.,
Morgenstraße 14. 3448

Suche zu sofort oder später
mehrere tüchtige Gärtner
für Obstanlage u. Baumschulen bei hohem Gehalt. Auch Kriegsbeschädigte können sich melden.
W. Schrader Gr.-Ottersleben Frankestr. 61a

Frauen
für die Bedienung von Drehbänken gesucht. 35..
Ferdinand Altenburg
Am Fuchsberg 5.

Tüchtige
Sortiererinnen
zum sofortigen Antritt gesucht.
D. Neumann Säckehandlung
Kaiser-Otto-Ring 1c. 34..

Kräftige 3477
Lagerarbeiter
stellt bei hohem Lohn ein
Kunstwollfabrik
L. Haas
Königsberger Str. 17a

Frauen
gewandt und geübt im Säckesortieren, sofort gesucht.
Sackfabrik Eudenburg
245 Jordanstraße 4.

Ein Lehrling wird zu Ostern gesucht. 345.
Herm. Wrede, Friseur,
Staßfurt. Schloßstraße 24.

Arbeiterinnen
für 9stündige Arbeitszeit werden sofort eingestellt.
Zementfabrik Schönebeck.

Tischlerlehrling
stellen ein **Schmidt, Lübke & Co., Morgenstr. 14.** 3448

Maurerlehrlinge zu Ostern gesucht
Hermann Stoeter Nachf., Baugeschäft, Kaiser-Wilhelm-Str. 12.

Zeugschmied-Lehrling [illegible]
vom 1. Febr. ges. **Sarbereistr. 18,** Gruisonwerk-Siedlung.

Malerlehrling sucht unt. günstigen Bedingungen [illegible]
A. Günther, Zimmerthalstr. 5.

Tischlerlehrling
gesucht. **Gebr. Böhlcke,** Tischlerei, **Neustadt, Feldstr. 25.**

Gärtnerlehrling
[illegible] unter günstigen Bedingungen [illegible] in die Lehre [illegible] **Paul Franke, Handelsgärtner, Magdeb.-Sdf., Rennweg B.**

Für unsre Holzwollefabrik
suchen wir einen tüchtigen
Werkmeister
der den Betrieb selbständig leiten kann und [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] Schleifer sein soll. 179
Münchener Lagerhaus Ostbahnhof, G. m. b. H.
(vorm. C. Schmederer)
München O 8, Berg-am-Laim-Straße 33.

Billiger 3497
Inventur-Verkauf
in
Damen-Taschen
Schirmfabrik Fichtner
Breiteweg 201, gegenüber der „Magdeb. Zeitung".

Fette ausländ. Hühner

Stück ca. 2—5 Pfd. schwer, sind wieder eingetroffen.
Ferner **Ia. Vierländer Mastenten**
Junge Hähnchen, Kapaunen und Puter
Am Montag eintreffend: **Reines Gänseschmalz!**
Pastetenlebern 3375

Versandhaus E. Wieprecht

Schwibbogen 4. Fernsprecher 567.

Die Bestimmungen über die Ausgabe der Wochenkarten für die Speisung aus den städtischen Kriegsküchen werden wie folgt abgeändert: 352.

1. Bei der Entnahme der Wochenkarten, welche nach wie vor jeden Montag und Dienstag in den Ausgabestellen während der Ausgabezeit der Speisen stattfindet, ist die Brotkarte und die Fleischkarte vorzuzeigen.
   Für die auf einer Brotkarte verzeichneten Personen darf nicht mehr entnommen werden als für jedes Kind von 6 Monaten bis zu 6 Jahren ½ Portion, für Personen über 6 Jahre eine ganze Portion.
   Für Kinder bis zu 6 Monaten werden Wochenkarten nicht verabfolgt. Die Uebertragung von Brotkarten zum Zwecke der Abholung von Wochenkarten bzw. der Wochenkarten selbst wird untersagt.
2. Personen, welche ein staatssteuerpflichtiges Einkommen von mehr als 6000 Mark besitzen, ist die Abforderung von Wochenkarten sowie die Teilnahme an der Kriegsküchenspeisung für sämtliche zu ihrem Hausstand gehörigen Personen einschließlich der Dienstboten untersagt.
   Das gleiche gilt auch für die Personen, die durch Hausschlachtungen versorgt sind, für die Dauer der Versorgungszeit.
3. Ausnahmen von vorstehenden Bestimmungen können in besondern Fällen, z. B. bei Krankheit, großer Kinderzahl, auf Antrag zugelassen werden. Anträge sind an das Kriegsküchen-Zentralbureau, Johannisberg 2, II, zu richten.

Magdeburg, den 25. Januar 1917.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung des § 9 Ziffer b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und des Gesetzes vom 11. Dezember 1915 betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand verordne ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit:

1. Jeder, der zum Gütertransport geeignete Roll-, Leiter-, Möbel- und ähnliche Wagen, die sich zurzeit nicht dauernd in Benutzung befinden, in Gewahrsam hat oder aus Anlaß seines Handelsbetriebs oder sonst des Erwerbs wegen kauft oder verkauft sowie jeder gewerbliche Unternehmer, in dessen Betrieben solche Wagen hergestellt werden, sind zur Anmeldung ihres Wagenbestandes verpflichtet.
2. Anzumelden ist der am 24. Januar 1917 vorhandene Bestand, nach Wagengattungen und Standorten geordnet.
3. Die Anmeldung hat **bis zum 29. Januar 1917** bei der Gemeindebehörde, der der Meldepflichtige untersteht (Magistrat, Stadtrat, Gemeinde-, Gutsvorsteher usw.) zu erfolgen.
4. Veräußerungen oder Verluste von Wagen sowie Aenderungen des Standortes sind der Gemeindebehörde unverzüglich anzuzeigen.
5. Die Gemeindebehörden legen Verzeichnisse an, in welche die angemeldeten Wagen nach Gattung und Standort einzutragen, auch Name und Wohnort des Eigentümers bzw. Besitzers zu vermerken sind. Die Verzeichnisse sind fortlaufend zu führen, insbesondere durch Eintragung der nach Ziffer 4 anzuzeigenden Veränderungen auf dem laufenden zu erhalten, damit das stellv. Generalkommando jederzeit in der Lage ist, sich die verfügbaren Fahrzeuge nachweisen zu lassen und im Bedarfsfall auf sie zurückzugreifen.
6. Den Gemeindebehörden ist gestattet, die Führung der Verzeichnisse zuverlässigen und geeigneten Speditionsfirmen (z. B. bahnamtlichen Rollfuhrunternehmern) zu übertragen. Recht und Pflicht der Beaufsichtigung der Listenführung verbleibt auch in diesem Falle den Gemeindebehörden.
7. Die zuständigen Behörden oder die von ihnen beauftragten Beamten sind befugt, zur Ermittlung der Richtigkeit der gemachten Angaben Lagerplätze und sonstige für den Wagenbestand des Meldepflichtigen in Betracht kommende Standorte zu betreten, auch die Bücher des Meldepflichtigen zu prüfen.
8. Meldepflichtige, welche die oben geforderte Auskunft innerhalb der gesetzten Frist nicht erteilen oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben machen, werden, sofern die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu 1 Jahre oder bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.
9. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Magdeburg, den 23. Januar 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps.
Frhr. v. Lyncker,
General der Infanterie
à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2. K166

III. Sterbekassengesellschaft Burg

Die Generalversammlung findet am Sonntag den 28. Januar, nachmittags 2½ Uhr, im obern Saale der „Steinhanshalle" statt. 3454

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Der Vorstand. J. A.: P. Schön.

Dieses

Inserat soll Sie daran erinnern, daß in
Magdeburg,
Alte Ulrichstraße 3
das
Herrenkleidergeschäft
von
„Schrimmer"
Ihnen jederzeit Anzüge in allen Formen, Farben und Stoffen der Mode verkauft. Für Herren, welche gut gekleidet sein wollen, ohne daß ihr Geldbeutel zu sehr in Mitleidenschaft gezogen wird, empfehle ich meine große Abteilung
getragene Maßgarderoben.
Ich verleihe **Gesellschafts-Anzüge.**

Also nicht vergessen **„Schrimmer"!**
Magdeburg, 3518
Alte Ulrichstraße 3.

Schmier-Waschmittel
markenfrei — schäumt, wäscht und reinigt tadellos. Kein Ton. 1 Eimer ca. 9 Pfd. Inhalt ℳ 8.90 gegen Nachnahme. 1 Pfund 90 ₰
M. Steiner Magdeburg Kaiserst. 13, III.
Fernspr. 4331. 263

Meine Partieposten bieten große Vorteile!
Pelz-Boas
Pelz-Muffen 3380
in vielen Pelzarten, zurückgesetzte mit Fehlern
5 Mark und höher.
Plüschgarnituren
in großer Auswahl.
Sieverlings Etagengeschäft
Jakobstr. 17, I.

Donnerstag mittag 12 Uhr starb nach langem, schwerem Leiden meine liebe, treusorgende Lebensgefährtin und unsre gute Mutter 264

Karoline Schwarzstein
geb. Hesse
im 71. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an
August Schwarzstein und Kinder.

Die Beerdigung findet am Sonntag den 28. Januar, 12½ Uhr, von der Kapelle des Buckauer Friedhofs aus statt.
Etwaige Kranzspenden nach Martinstr. 24, 3 Tr., bei Laude erbeten.

Todesanzeige.

Plötzlich und unerwartet entschlief am 24. d. M. unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, der Invalide 259

Wilhelm Schwencke
im 72. Lebensjahr.

Im Namen der Hinterbliebenen
Friedrich Kaltengell u. Frau
Martha geb. Schwencke.

Die Beerdigung findet auf dem Fermersleber Friedhof am Sonntag nachmittag 3 Uhr statt.

Aug. Förster
[illegible]

Wilh. Krüger
Zigarrenfabrik, Wilhelmstr. 12
Billiger Zigaretten-Verkauf

Raum- u. Kleiderreiniger.
F. W. Wolff
[illegible]

Aschersleben
Conitzer & Co.
Größtes Kaufhaus am Platze.

Likör-, Weine
Vogel & Co. G. m. b. H.
Sprit-, Rum- und Likör-Fabrik
Weinhandlung
gegründet 1860.
Einzelverkauf
am Kontor
[illegible]

[illegible]
Friedrich Gronau
[illegible]
Woll-, Kurzwaren, [illegible]

[illegible]
Willy Haedt [illegible]

Praktischer Wegweiser
empfehlenswerter Geschäfte
Besonderer Beachtung empfohlen. Erscheint wöchentlich einmal.

Aschersleben
Bürgerliches Brauhaus
Aschersleben
hat das beste Bier.

Egeln
F. Lahmer Arbeiter-Garderobe

Tangermünde
Nestor Fabisch
Manufaktur-, Modewaren
Herren-, Damenkonfektion
Arbeitergarderob., Damenputz

Oschersleben-Bode
Oschersleben Biere
[illegible]
Inh. Walter Glen.

Wernigerode
Hasserode
Alfred Hildebrand Nchf.
Schuhwaren aller Art
billige, feste Preise.

Schreyer'sche Bierbrauerei
Aktien-Gesellschaft
Hasserode.

C. F. Fisch Schuhwarenhaus Burgstr. 21.

T. [illegible] [illegible]

Stendal

Ludwig Friede
Manufakturwaren.
Herren-, Damen Konfektion.
Arbeitergarderobe
Feine Maß-Anfertigung

Kaufhaus Gust. Dobrin
Bezugsquelle sämtlicher Bedarfsartikel.

H. Ulrich Buchbinderei, Buch- und Papierhandlung

Wolmirstedt
C. Riedrich Manufakturwaren fertige Garderobe.

Staßfurt
Staßfurter Warenhaus
Haus- und Küchengeräte Spielwaren

Th. Nabert
Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren.

Carl Allmann Putz- u. Manufakturwaren.

F. Demmel
Kolonialwaren.

H. Taeger Manufakturw. u. Konfekt. Staßfurt, [illegible]

Für den Inseratenteil ist die Firma Josef Wichmann in Leipzig verantwortlich. Anfragen sind dahin zu richten.